

Oskar Weggel

Taiwan - Ein Porträt (6)

(Teil 2)

Die Hongkonger Unternehmen leiden zur Zeit nicht nur an zunehmendem Verlust von qualifizierten Managern, sondern auch an der Knappheit von Fach- und erfahrenen Arbeitern. Am 31. August lief die Frist für die Anträge auf Anwerbung von Gastarbeitern ab. Den vorläufigen offiziellen statistischen Zahlen der Behörde für Immigrationsangelegenheiten zufolge haben über 4.470 Firmen die Einstellung von insgesamt mehr als 57.000 ausländischen Arbeitskräften beantragt, davon 15.000 Facharbeiter und 41.600 erfahrene Arbeiter. Die Zahl liegt dreimal höher als im ursprünglichen Regierungsplan vorgesehen. Vor allem besteht in den Branchen Baugewerbe, Elektronik-, Bekleidungsindustrie, Gastronomie und Fremdenverkehr starker Bedarf an Facharbeitern. Die meisten Anträge auf erfahrene Arbeitskräfte kamen neben der Bekleidungsindustrie, Gastronomie und dem Fremdenverkehr auch aus dem Einzel-, Im- und Exporthandel. (DGB, 2. u. 5.9.90)

Im Hinblick auf die herannahende Rückgabe der Kolonie an China 1997 suchen jetzt auch immer mehr große Unternehmen Hongkongs Ersatzstützpunkte im Ausland. Hongkongs Investitionen in Immobilien in südostasiatischen Städten wie Singapur, Kuala Lumpur und Bangkok haben in der letzten Zeit merklich zugenommen. (IHT, 7.9.90) -ni-

Gliederung des 2. Teils:

- 6.3. Außenpolitik. Stille nach den Taifunen der 70er Jahre
- 6.3.1. Taiwans Kehrtwendung: Die "flexible Außenpolitik"
- 6.3.2. Vielfältige außenpolitische Beziehungsmuster
- 6.3.2.1. Bilaterale diplomatische Beziehungen
- 6.3.2.2. Quasidiplomatische Beziehungen
- 6.3.2.3. "Flexibler Einstieg in die internationalen Organisationen"
- 6.3.2.4. Wirtschaftsvertretungen
- 6.3.2.5. Entwicklungshilfe
- 6.3.2.6. Kulturbeziehungen
- 6.3.3. Beziehungen zu einzelnen Ländern
- 6.3.3.1. Ärger mit den USA
- 6.3.3.2. Der dünne Geduldsfaden gegenüber Japan
- 6.3.3.3. Wunschpartner Indonesien und Singapur
- 6.3.3.4. Beijings Waffenembargopolitik gegenüber Taiwan
- 6.3.3.4.1. Der niederländische U-Boot-Fall
- 6.4. Beiderseits der Taiwanstraße: Entwicklungen und Optionen
- 6.4.1. Tauwetter beiderseits der Taiwanstraße
- 6.4.2. Sechs Kontaktebenen
- 6.4.2.1. Die politische Ebene: Dialog auf Regierungs- oder auf Parteiebene?
- 6.4.2.2. Die wirtschaftliche Ebene: unausgeschöpftes Potential

6.4.2.3.

Investitionen auf dem Festland

6.4.2.4.

Der Besucherstrom

6.4.2.5.

Torsö "Volksdiplomatie"

6.4.2.6.

Die militärische Ebene

6.4.3.

Erster Durchbruch in der Taiwan-Frage seit 45 Jahren: Li Denghuis Dialogangebot vom Mai 1990

6.4.4.

Quo vadis, Taiwan?

(Dieser Teil gehört noch zum Bereich "Außenhandel" in C.a., August-Heft)

Der neuen Strategie lag die Überlegung zugrunde, daß es für taiwanische Produkte in den EG-Ländern bis 1992 immer noch 12 Einfuhrquoten gebe, während es von da an nur noch eine einzige sei. Firmengründungen, Beteiligungen an europäischen Unternehmen und Kapitalinvestitionen innerhalb der EG erschienen unter diesen Umständen als die besten Umgehungsstrategien gegenüber den zu befürchtenden Brüsseler Restriktionen.

Innerhalb von nur zwei Jahren nach Abschluß des Vertrags hatte Taiwan auf europäischem Gebiet bereits 71 Firmen oder Firmenvertretungen angesiedelt, davon 30 allein in Hamburg. Wie schon den Japanern, dienten auch den Taiwanern die Banken als Vorreiter. Daneben kam es zum Ausbau von "Taiwan Trade Centres" in Holland (Rotterdam) und in der Bundesrepublik (Hamburg und Düsseldorf).

Darüber hinaus schlossen bundesrepublikanische Städte und der taiwanische "Förderverein für sino-europäischen Handel" Vereinbarungen über gegenseitige Wirtschaftsbeziehungen ab, allen voran Hamburg, Bremen, Berlin und Frankfurt.

1989 leitete der taiwanische Wirtschaftsminister persönlich den Vorsitz der "Konferenz taiwanischer Handelsvertreter in Europa", deren erklärtes Ziel es war, das Ansehen taiwanischer Produkte und Dienstleistungen zu verbessern. Taiwan wolle, wie es hieß, nicht länger als "Billigproduzent" gelten. Nach der Textil- und Plastikindustrie in den 50er und 60er Jahren sei die Petrochemie in den 70er Jahren und die Elektronik sowie die Kommunikationsindustrie in den 80er und 90er Jahren zur Lokomotive geworden, mit deren Hilfe Taiwan nun endgültig zur Spitze der Industrieländer aufschließen, und mit der es auch im Außenhandel ankommen wolle.

Es waren aber nicht nur die EG-, sondern auch die sozialistischen Länder, um die sich Taiwan während der 80er Jahre verstärkt bemühte. Allerdings gab es hier viele Abstufungen. Mit sämtlichen osteuropäischen Ländern war direkter Warenaustausch erlaubt, mit der UdSSR und Albanien dagegen nur indirekter Handel. Nach Kuba, Kambodscha, Vietnam und Laos waren zwar Exporte erlaubt, doch durften aus Kuba und Kambodscha überhaupt keine Einfuhren erfolgen, aus Vietnam und Laos dagegen Einfuhren nur mit Sondergenehmigung. Eine vollständige Handelsblockade bestand lediglich gegenüber Nordkorea und Festlandchina.¹⁸⁰ Letztlich freilich standen all diese staatlichen Restriktionen nur auf dem Papier, denn wo es sich lohnte, fand der Handel immer einen Durchlaß - so, wie Wasser letztlich auch durch die kleinste Ritze seinen Weg findet. So belief sich z.B. der über Hongkong laufende - also indirekte - Handel mit dem Festland i.J. 1989 auf eine Gesamtsumme von nicht weniger als 3,48 Mrd. US\$. (Näheres ist unter Abschnitt 6.4. auszuführen.)

6.3. Außenpolitik. Stille nach den Taifunen der 70er Jahre

6.3.1. Taiwans Kehrtwendung: Die "flexible Außenpolitik"

Mit ihrer totalen Konfrontationspolitik gegenüber Beijing, die sich in einer Art chinesischer Hallstein-Doktrin niederschlug, hatte sich die RCh jahrelang mehr ins eigene Fleisch geschnitten, als daß sie ihrem Feind, der VR China, geschadet hätte; hatte sie sich doch

durch ihre Starrsinnigkeit Stück für Stück aus all ihren angestammten Positionen herauskatapultiert, angefangen von den bilateralen Beziehungen zu zahlreichen Staaten bis hin zur UNO und ihren vier für Taiwan viele Jahre hindurch wichtigsten Unterorganisationen, nämlich der Weltbank, dem IMF, dem Internationalen Entwicklungsverband und der Internationalen Finanzierungsgesellschaft.

Erst spät kam die Einsicht, daß sich mit Elastizität mehr erreichen ließ als mit Dogmatismus. Wenn es für diese Erkenntnis noch eines Beweises bedurft hätte, so wäre er von der Außenwirtschaft erbracht worden.

Schon wenige Monate nach dem Tode Jiang Jinguos begann in der GMD-Führung ein intensives Nachdenken über neue Wege in der Außenpolitik, und im November 1988 wurde dann ein Kurs angekündigt, der unter dem Leitmotiv der "flexiblen Diplomatie" (tanxing wajiao) stehen sollte. (Bisweilen war auch von "pragmatischer Außenpolitik" - wushi wajiao - die Rede.) Nicht mehr diplomatische Formalien, sondern substantielle Beziehungen sollten von nun an gefragt sein. Die Schlagworte "Ein Staat, zwei Regierungen" und "gleichberechtigte Außenpolitik" machten deutlich, welche Grundelemente die "flexible Diplomatie" künftig bestimmen sollten. Hauptziel der neuen Flexibilität sollte es sein, die die "RCh-Isolation zu beenden".¹⁸¹ Dieser Satz kehrte von jetzt an in unzähligen Presseverlautbarungen wieder.¹⁸²

Noch lange ehe die Parole von der "flexiblen Außenpolitik" ausgegeben worden war, hatte sich Taipei punktuell bereits durchaus elastisch verhalten, indem es nicht mehr als "Republik China" auftrat, sondern unter Bezeichnungen wie "Zhongguo Taipei" ("China, Taipei") oder "Zhonghua Taipei" (ebenfalls "China, Taipei")¹⁸³ - so z.B. vor dem Internationalen Olympischen Komitee oder aber vor der Asiatischen Entwicklungsbank.

"Flexibel" verhielt sich Li Denghui auch bei seinem Besuch in Singapur im März 1989. Es war dies die zweite Auslandsreise, die je ein RCh-Staatspräsident seit 1949 unternommen hatte - die erste war eine Reise Yan Jiagans nach Saudi-Arabien. Obwohl die Regierung Singapurs nichts unterließ, um diese

wirklich exzeptionelle Visite als reine Privatangelegenheit erscheinen zu lassen, (u.a. war lediglich vom "Präsidenten Taiwans" die Rede, und überdies meldeten sich einige wichtige Gesprächspartner krank), zeigte sich Li mit dem Ergebnis seiner Visite zufrieden - und er konnte es sein; denn die Beziehungen Taipeis zu Singapur waren immer schon höchst substantiell: Über ein halbes Dutzend Mal hatte Ministerpräsident Lee Kuan Yew die Insel besucht, außerdem gab es einen intensiven Handelsaustausch, und nicht zuletzt bildete Taiwan einen Teil der Armee Singapurs aus.¹⁸⁴ Nur an einem fehlte es, nämlich an dem bei offiziellen Kontakten üblichen Zeremoniell. Singapur ließ auch keinen Zweifel daran aufkommen, daß es eines Tages - nämlich unmittelbar nach Indonesien - offizielle Beziehungen zu Beijing aufnehmen wolle - dies war 1990 der Fall.

Als Taipei seine "flexible Außenpolitik" ankündigte, hatte es noch nicht ahnen können, daß sich schon wenige Monate später eine einzigartige Chance ergeben könnte, in die außenpolitische Phalanx der VR China einzubrechen. Es war das Tiananmen-Massaker vom 4. Juni 1989, das die bisher weltweit so freundlich beurteilte Volksrepublik plötzlich in graue Farben tauchte - und in diplomatische Isolation geraten ließ.

Taipei ergriff die Chance, die ihm so unerwartet in den Schoß gefallen war, und nahm 1989/90 mit einer Reihe von Staaten diplomatische Beziehungen auf, die bisher auch in Beijing vertreten waren, nämlich mit Grenada, Liberia, Belize, Lesotho und Guinea-Bissau. Diese Erfolge hatten freilich nicht nur mit Flexibilität, sondern auch mit einer geschickten "Geld-Diplomatie" Taiwans zu tun; so erhielt z.B. der karibische Inselstaat Grenada als Morgengabe für die Aufnahme offizieller Beziehungen mit Taipei einen weichen Kredit in Höhe von 10 Mio. US\$ zugesagt.¹⁸⁵ Dies hinderte Grenada allerdings nicht, als Grund für seinen Frontwechsel das Tiananmen-Massaker anzugeben. Nach dem gleichen Schema verhielt sich Liberia, das eine Wirtschaftshilfe von 140 Mio. US\$ verbuchen konnte.¹⁸⁶

Beijing reagierte wütend, mußte aber andererseits dem Gegner doch insgeheim Respekt zollen, da es mit dessen finanzieller Attraktivität einfach nicht mithalten konnte. Längst vorbei waren

ja die Jahre, da die Volksrepublik aus rein politischen Erwägungen den Gürtel enger geschnallt hatte, um auf außenpolitischem Feld Punkte zu sammeln - man denke an das sino-sowjetische Wettrennen um die Gunst afrikanischer Staaten zu Beginn der 70er Jahre!

6.3.2. Vielfältige außenpolitische Beziehungsmuster

6.3.2.1.

Bilaterale diplomatische Beziehungen
Achillesferse der RCh war ihre außenpolitische Position, die sich seit der Verstoßung Taipeis aus der UNO im Herbst 1971 laufend verschlechtert hatte - zumindest wenn man sie unter formal-diplomatischen Gesichtspunkten betrachtete. Gleichzeitig hatten jedoch formelle durch informelle Beziehungen ersetzt werden können, so daß die RCh am Ende gar nicht so schlecht dastand.

Rein quantitativ hatte überdies die Zahl der offiziellen Partner in den zehn Jahren zwischen 1980 und 1990 sogar noch zugenommen:

- Anfang 1980 unterhielt Taiwan diplomatische Beziehungen mit 21 Staaten, davon 12 in Lateinamerika (Kolumbien, Bolivien, Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Panama, Paraguay und Uruguay), 5 in Afrika (Elfenbeinküste, Südafrika, Malawi, Lesotho und Swasiland), 3 im asiatisch-pazifischen Raum (Südkorea, Saudi-Arabien, Tonga) sowie mit einem Staat in Europa, nämlich dem Vatikan.¹⁸⁷

- Zehn Jahre später, nämlich Mitte 1990, waren es 26 offizielle Partnerstaaten geworden - davon 14 in Lateinamerika (Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Panama, Paraguay, St. Christopher und Nevis, Santa Lucia, St. Vincent, Grenada, Belize), 6 in Afrika (Südafrika, Malawi, Swasiland, Liberia, Lesotho, Guinea-Bissau), 5 im asiatisch-pazifischen Raum (Südkorea, Tonga, Nauru, Tuvalu, Solomon-Inseln) und einer in Europa (Vatikan). Allerdings war kurz vorher einer der bis dahin wertvollsten Partner verlorengegangen, nämlich Saudi-Arabien, das am 21. Juli 1990 Beziehungen mit Beijing aufgenommen hatte.

Wie diese Listen zeigen, war Lateinamerika am längsten eine "feste Burg" der taiwanesischen Diplomatie geblieben. Bis Mitte der 80er Jahre hatten sich die dortigen Staaten auf Taipei und Beijing im Verhältnis von 15:15 verteilt. Der Übertritt Boliviens zur Volksrepublik im Juli 1985 veränderte dann die Balance zugunsten Beijings. Da nützte es auch wenig, daß der damalige Vizepräsident Li Denghui dem Kontinent im selben Jahr gleich zweimal einen Besuch abstattete.

In Europa hatte sich Taiwan diplomatisch nur noch an einem einzigen Punkt halten können, nämlich beim Vatikan-Staat. Hier freilich konnte Taipei von Glück reden, daß Beijing sich beharrlich weigerte, die vom Vatikan beanspruchte kirchliche Herrschaft auch für den Bereich Chinas anzuerkennen. Seit 1950 hatte sich auf dem Festland bekanntlich die "Bewegung der drei Unabhängigkeiten" entfaltet, deren Aufgabe es war, die "Patriotische Kirche" Chinas in administrativer, finanzieller und dogmatischer Hinsicht ein für allemal vom Vatikan abzukoppeln, d.h. u.a. auch ihre eigenen Bischöfe zu bestimmen, ihre Glaubensregeln selbst zu befinden, über die Auslegung der Lehre selbst zu entscheiden und sich nicht zuletzt auch selbst zu finanzieren. Als Folge davon wurden beispielsweise die Liturgiebeschlüsse des II. Vaticanum in China nicht anerkannt. So kam es zu der merkwürdigen Entwicklung, daß z.B. die katholische Messe in China nach wie vor auf Lateinisch gelesen wurde.

Zwar hatte die päpstliche Nuntiatur im März 1984 ihre Fühler nach Beijing ausgestreckt, doch waren alle Vorstellungen des Vatikan dort auf taube Ohren gestoßen. Taiwan war über dieses Verhalten seines Partners zwar verärgert, konnte gleichzeitig aber auch befriedigt sein.

6.3.2.2.

Quasidiplomatische Beziehungen

Anderen Staaten gegenüber entwickelte Taipei Beziehungen quasidiplomatischen Charakters, die im Verhältnis zu den USA beispielsweise durch den in zwölf amerikanischen Städten vertretenen "Coordination Council of North American Affairs" ausgeübt wurden. Bis auf die Bezeichnung handelte es sich hier um vollwertige Botschaften oder Konsulate. Ähnliche Institutionen errichtete die RCh in anderen Teilen

der Welt, so z.B. in der Bundesrepublik, wo "Fernost-Informationsbüros" oder aber "Taipeh Wirtschafts- und Kulturbüros" entstanden, die z.T. dem Außenministerium in Taiwan direkt unterstellt und mit diplomatischem Personal besetzt wurden.

Die quirligen Bemühungen Taiwans, überall dort quasidiplomatisch Fuß zu fassen, wo es von der VRCh aus diplomatischen Positionen verdrängt worden war, riefen in Beijing Proteste hervor. In einer Note des VR-Außenministeriums vom April 1982 hieß es beispielsweise, daß die "Taiwan-Behörden in den letzten Jahren immer wieder versuchen, unter dem Vorwand des Kultur-, Wirtschafts-, Handels-, Wissenschafts- und Technologieaustausches Niederlassungen offizieller oder halboffizieller Natur sowie 'Handelsbüros', 'Informationsbüro' oder 'Verbindungsbüros für wissenschaftlich-technologischen Austausch' in solchen Ländern zu errichten, die diplomatische Beziehungen mit China unterhalten, und daß sie diese Länder darüber hinaus auch haben überreden können, im Gegenzug ähnliche Büros in Taiwan zu eröffnen... Offensichtlich zielen diese Akte der Taiwaner Behörden darauf ab, die normalen Beziehungen zwischen China und jenen Ländern zu unterminieren."¹⁸⁸ Die Staaten, mit denen Taiwan Beziehungen dieser Art aufnehme, seien durchaus nicht so dumm, wie sie täten. Sie wüßten recht wohl, daß sich die Grenzen zwischen "offiziell" und "inoffiziell" im Niemandsland bewegten. Es sei ein offenes Geheimnis, daß die "Zentren" Taiwans "gewisse Funktionen ausüben, die sonst nur diplomatischen Vertretungen zukommen".¹⁸⁹ Letztlich werde damit die Souveränität der VR China verletzt.¹⁹⁰

6.3.2.3.

"Flexibler" Einstieg in die internationalen Organisationen

1988 war die RCh Mitglied von 727 internationalen NRO (Nichtregierungsorganisationen) und zehn zwischenstaatlichen Organisationen.¹⁹¹

Aus vielen internationalen Schlüsselorganisationen war Taipei erst Anfang der 80er Jahre ausgeschlossen worden, so z.B. am 17. April 1980 aus dem Internationalen Währungsfonds (IMF)¹⁹² und am 15. Mai 1980 aus der Weltbank, der Internationalen Entwicklungsgesellschaft (IDA) und der Internationalen Finanzgesellschaft (IFC).¹⁹³

Vor allem bei wirtschaftlich relevanten internationalen Organisationen konnte sich Taipei auf die Dauer ein Fernbleiben nicht leisten. Wenn es dorthin zurückkehren wollte - und es gab kaum einen Staat, der an einer solchen Rückkehr des wirtschaftlich so interessanten Taiwan nicht interessiert gewesen wäre -, so mußte es über seinen eigenen Schatten springen und die Bezeichnung "Republik China" durch "Taipeh, China" hinnehmen.

Wie oben erwähnt, waren solche Schritte bereits vor Ankündigung der "flexiblen Außenpolitik" unternommen worden - am eindrucksvollsten gegenüber der Asiatischen Entwicklungsbank. Taiwan war einst ein Gründungsmitglied der AEB gewesen, hatte sich im März 1986 allerdings plötzlich mit der AEB-Forderung konfrontiert gesehen, im Interesse eines Beitritts der VR China auf seine bisherige Bezeichnung "RCh" zu verzichten. Aus Protest gegen diese Zumutung waren die Vertreter Taiwans daraufhin zwei Jahre lang den Veranstaltungen der AEB ferngeblieben und erst bei der Manila-Tagung im April 1988 wieder mit einer Delegation erschienen, die die Bezeichnung "Taipeh, China" auf ihren Eintrittsausweisen mit einem Zettel überklebt und außerdem neben das Delegationsschild auf dem Konferenztisch ein zweites Schild mit der Aufschrift "unter Protest" plazierte hatte.

Anfang Mai 1989 ging Taipei noch einen Schritt weiter, indem es beschloß, sogar zu der diesmal in Beijing anberaumten 22.AEB-Tagung eine Delegation zu entsenden - sozusagen in die Höhle des Löwen. Geleitet wurde die Abordnung von Finanzministerin Guo Wanrong ("Shirley Kuo"). Die Delegation hatte keine Schwierigkeiten, in die Volksrepublik einzureisen und akzeptierte diesmal ohne Protest die Bezeichnung "Taipeh, China". Als VRCh-Staatspräsident Yang Shangkun bei der Eröffnungsfeier den Saal betrat und die Nationalhymne der Volksrepublik gespielt wurde, erhoben sich die Delegierten aus Taipei. Zur Begründung dieses Verhaltens hieß es später, daß die Delegation ja nicht an einer China-Konferenz, sondern an einer AEB-Tagung teilgenommen und deshalb die in diesem Rahmen üblichen Rituale mitvollzogen habe.¹⁹⁴

6.3.2.4. Wirtschaftsvertretungen

Um nicht in Isolierung zu geraten, hatte Taiwan seine inoffiziellen Beziehungen in den 70er Jahren vor allem mit den USA und Japan, in den 80ern hauptsächlich mit Europa intensiviert: überall eröffnete es Büros der CETRA und "Informationsbüros", ließ Zweigstellen seiner halbamtlichen Geldinstitute, z.B. eine Filiale der "First Commercial Bank of Taiwan" in Frankfurt errichten (1983), beteiligte sich an wichtigen Messen, richtete Schiffsliendienstleistungen ein (seien es nun Dienste der staatlichen "Yangming Marine Transport Corp." oder aber der privaten "Evergreen") und eröffnete einen CAL-Luftlinienverkehr nach Amsterdam und Luxemburg. Gleichzeitig fanden regelmäßige Konsultationen statt, und überdies wurden Verträge halboffiziellen Charakters geschlossen. Eine Vereinbarung in diesem Sinne kam beispielsweise am 22. Oktober 1984 zwischen dem "Taiwan-Ausschuß der deutschen Wirtschaft" und der "Euro-Asia Trade Organization" (EATO) zustande: Beide Seiten verpflichteten sich zu regelmäßigen Konsultationen über Wirtschaftsfragen auf nichtstaatlicher Ebene, sei es nun über Doppelbesteuerungsfragen, über den Schutz von Industrieigentum oder über Arbitrageangelegenheiten.

Auch das Ausland zeigte reges Interesse an einer Präsenz in Taiwan. Bis Mitte 1985 gab es dort 1.774 Vertretungen aus 40 Ländern. Mit 573 Firmen stand Hongkong an erster Stelle, gefolgt von den USA (239), Japan (145), Singapur (39), Großbritannien (32), Panama (18), den Niederlanden (9) und der Schweiz.¹⁹⁵ Die Bundesrepublik, der größte Handelspartner Taiwans in Europa, tauchte in der genannten Statistik zwar nicht auf, doch zog sie, wie oben 6.2.5. ausgeführt, später um so kräftiger nach - vor allem auf Initiative der Hansestadt Hamburg.

6.3.2.5. Entwicklungshilfe

Auf einer fünften Ebene spielt sich die Entwicklungshilfe der RCh gegenüber Staaten der Dritten Welt ab.

Im Oktober 1988 beschloß die Regierung in Taipei, ihre Devisenreserven, die, wie erwähnt, zu dieser Zeit Weltspitze waren, anzuzapfen und einen "Fonds für internationale wirtschaftli-

che Zusammenarbeit und Entwicklung" mit einer Erstausrüstung von 1,25 Mrd. US\$ zu gründen. Die Hilfe sollte solchen Ländern zugute kommen, die zu Taiwan "freundschaftliche" Beziehungen unterhielten.

Wie erwähnt, hatte Taiwan auch in der Vergangenheit umfangreiche Entwicklungshilfe geleistet, und z.B. zwischen 1954 und 1988 über 2.000 Techniker in 50 Länder der Dritten Welt entsandt und umgekehrt 9.000 Techniker auf Taiwan ausgebildet. Allein 1988 waren 33 Hilfsgruppen aus Taiwan mit zusammen 303 Spezialisten in 25 Ländern tätig, darunter vor allem Agrartechniker und Fischer, Ärzte, Städteplaner, Kraftwerks- und Hafeningenieure, Bauingenieure, Straßenbauer, Brauer, Handwerker, Techniker für Zucker- und Ölraffinerie, Meteorologen und Mineralogen.

Mit Zuwendung konnten nun vor allem solche Länder rechnen, bei denen die Chance bestand, daß sie vielleicht eines Tages mit Taipei (wieder) diplomatische Beziehungen aufnehmen.

Diese Absicht wurde nicht zuletzt in Beijing registriert, das mit Taiwans attraktiven Angeboten nicht mithalten konnte, und das deshalb um so verärgerter auf diplomatischem Wege reagierte.

6.3.2.6.

Kulturbeziehungen

Das wohlhabende Taiwan wurde, nicht zuletzt wegen der üppigen Honorare, die es zu zahlen pflegte, im Laufe der Jahre zu einem Treffpunkt für Künstler, Orchester und Ausstellungen aus aller Welt. Dieses Kommen und Gehen sowie auch die Entsendung zahlreicher eigener Opern-, Musik- oder Artistengruppen war so alltäglich und selbstverständlich, daß niemand davon Aufhebens machte.

Überdies würde Taiwan zu einem Treffpunkt zahlreicher ausländischer Studenten. 1987/88 hielten sich auf der Insel immerhin 4.558 ausländische Studenten aus 68 Ländern, hauptsächlich aus Japan, aus Südkorea und den USA, auf. Die meisten wollten entweder Sinologie oder aber Modernes Chinesisch lernen. Für die Vermittlung des Mandarin standen drei große Institute im Vordergrund, nämlich das "Mandarin Training Center" der Taida, das 1956 gegründet wurde, ferner das

"Taipei Language Institute", das 1957 entstand und neben seinem Zentrum in Taibei noch Zweigstellen in Shilin, Taizhong und Gaoxiong unterhielt, sowie das "Mandarin Daily News Language Center", das erst 1974 aus der Taufe gehoben worden war.

6.3.3.

Beziehungen zu einzelnen Ländern

6.3.3.1.

Ärger mit den USA

Obwohl die USA auch in den 80er Jahren Hauptschutzmacht Taiwans blieben, waren es vor allem negative Ereignisse, die Schlagzeilen machten. Zwei Themen traten dabei in den Vordergrund, nämlich der "Mordfall Henry Liu" und der notorische taiwanische Handelsüberschuß.

Besonders getrübt wurde das beiderseitige Verhältnis in den Jahren 1984/85 durch einen obskuren Mordfall auf amerikanischem Boden, in den, wie sich später herausstellte, der taiwanische Geheimdienst verwickelt war. Das Opfer war Liu Yiliang ("Henry Liu"), der 1967 von Taiwan in die USA übergesiedelt war, dort die US-Staatsbürgerschaft angenommen und im Laufe der Zeit zahlreiche kritische Artikel über Taiwan in chinesischsprachigen Zeitungen Hongkongs und der USA veröffentlicht hatte, u.a. auch eine "Biographie Jiang Jingguos", die mit dem taiwanischen Staatspräsidenten scharf ins Gericht ging.

Am 15. Oktober 1984 wurde Liu in der Garage seines Hauses in Daly City nahe San Francisco ermordet aufgefunden. Angesichts des politischen Engagements des Toten kam sofort der Verdacht auf, daß die Hintermänner irgendwo in Taiwan saßen - und in der Tat stellte es sich heraus, daß drei führende Geheimdienstler, unter ihnen der Direktor des Militärischen Geheimdienstbüros, General Wang Xiling, eine auslandschinesische Untergrundorganisation, die sog. "Bambusunion", zu dem Mord angestiftet hatte; sogar Tonbänder von unanzweifelbarer Authentizität konnten vom FBI dafür ausfindig gemacht werden.

Die Führung in Taibei wand sich vor Verlegenheit, mußte aber schließlich handeln: Im Mai 1985 wurden die drei Geheimdienstkader zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt, doch weigerten sich die Behörden, die Täter an

die USA auszuliefern. Unbeantwortet blieb die Frage, wer die Beseitigung Lius letztlich angeordnet habe. U.a. geriet auch einer der Söhne Jiang Jingguos, Jiang Xiaowu, in Verdacht.¹⁹⁶ Doch konnte die Frage nie geklärt werden. Im Zusammenhang mit der Affäre reichte u.a. GMD-Generalsekretär Jiang Yanshi seinen Abschied ein.¹⁹⁷

Der Mord an Liu hatte zwei Folgen:

- Auf der einen Seite begann sich das Taiwan-Bild in Amerika, das durch die massiven taiwanischen Handelsüberschüsse ohnehin schon lädiert worden war, weiter einzutrüben. US-Präsident Reagan hatte nun endlich auch eine faustdicke Begründung für die Nichteinlösung seines Wahlkampfversprechens, mit der RCh wieder diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

- In Taiwan selbst kam es zu einer Reorganisation des militärischen Geheimdienstes. Am 1. Juli 1985 wurden zwei einschlägige Organe, nämlich die "Informationsabteilung des Verteidigungsministeriums" und das "Sonderbüro für Militärintformationen", zusammgelegt, und zwar unter der neuen Bezeichnung "Abteilung für Militärintformation" (yunshi qingbaoju) - ein Amt direkt unter dem Generalstabschef.¹⁹⁸ Die Opposition hielt diese Umorganisation für eine lediglich kosmetische Maßnahme und meldete ihre Zweifel an, ob der obskure Geheimdienst nun wirklich transparenter geworden sei.

Das zweite große Thema waren die ständig wachsenden Exportüberschüsse Taiwans. Washington drängte immer ungeduldiger auf eine Einschränkung der Ausfuhr offensive und auf eine Liberalisierung des taiwanischen Markts für amerikanische Waren, nicht zuletzt auch auf eine Aufwertung des NT\$.

Taiwan, das so sehr an der Nabelschnur der Vereinigten Staaten hing, hatte keine andere Wahl, als diesem Drängen nachzugeben und, wie oben 6.2.5. detailliert erläutert, seine Zollmauern weiter abzubauen, Einkaufsdelegationen in die USA zu entsenden und die eigene Währung aufzuwerten.

6.3.3.2.

Der dünne Geduldsfaden gegenüber Japan

Notorische Außenhandelsüberschüsse trübten auch das Verhältnis zwischen Taiwan und Japan - doch diesmal war

die taiwanische Wirtschaft nicht in der Gewinner-, sondern in der Verliererposition.

Schon 1981 hatte das Außenhandelsdefizit der Insel gegenüber Japan einen neuen Höchststand von 3,45 Mrd. US\$ erreicht. Vergeblich forderte Taibei die Japaner auf, ihren Markt für taiwanische Produkte weiter zu öffnen; ähnlich wie Amerikaner und Europäer mußten auch die taiwanischen Unternehmer die Erfahrung machen, daß Japan überall subtile nichttarifäre Einfuhrschranken errichtet hatte und sich im übrigen einfach taub stellte.

So beschloß Taibei im Februar 1982, die Notbremse zu ziehen und mit sofortiger Wirkung einen Einfuhrstopp für rd. 1.500 Warenkategorien aus Japan zu verhängen - angefangen von Lkws über Unterhaltungselektronik und Haushaltsgegenstände bis hin zu Lebensmitteln.¹⁹⁹

Doch der Hieb ging ins Leere. Da Einzelheiten dieses Stopps an undichten Regierungsstellen vorfristig durchgesickert waren, hatten sich taiwanische Importeure rechtzeitig mit Waren aus Japan eingedeckt und u.a. beispielsweise in größter Eile nicht weniger als 6.000 Lkws geordert. Außerdem wurden japanische Waren nach der Verhängung des Importstopps auf dem Umweg über Hongkong, Südkorea und Singapur weiter importiert. Die Bremse war zwar voll durchgetreten worden, hatte jedoch keine Wirkung gezeigt.

Ganz unbeeindruckt freilich schien Tokyo nicht geblieben zu sein. Denn im September 1983 entsandte Japan eine 230köpfige Einkaufsdelegation nach Japan, unter der sich auch zahlreiche protaiwanische Mitglieder des japanischen Unterhauses befanden, und bestellte auf diesem Weg in Taiwan Waren im Werte von 1,13 Mrd. US\$.²⁰⁰

Doch es dauerte nicht lange, bis der alte Abstand nicht nur wiederhergestellt, sondern sogar noch verschlimmert wurde. So geriet Taiwan 1987 mit 4,8 Mrd. US\$ ins Defizit, 1988 mit 6 Mrd. und 1989 sogar mit 7 Mrd. So gar im Fremdenverkehr begann Taiwan gegenüber Japan rote Zahlen zu schreiben, da seit Beginn der 80er Jahre mehr taiwanische Touristen nach Japan als japanische Besucher nach Taiwan gereist waren.

Wütend stellten Regierung und Unternehmer Taiwans fest, daß Japan aus Taiwan weniger importierte als aus den USA, Südostasien oder Europa. Überdies sei Japan seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen i.J. 1972 einfach nicht zu fassen: es entsende nach Taibei immer nur subalterne Beamten, die nicht befugt seien, weitreichende Zugeständnisse zu machen. Als Vorwand für diese Mißachtung werde immer wieder darauf hingewiesen, daß zwischen beiden Seiten ja keine diplomatischen Beziehungen bestünden. Diese "Beijing-Phobia" stelle Japan ein Armutszeugnis aus: es sei allerhöchste Zeit, daß Tokyo nicht länger den Kotau vor Beijing vollziehe und sich wieder an seine wahren Freunde in Taiwan erinnere.²⁰¹ Japan möge auch nicht vergessen, daß Taiwan 30,7% seiner gesamten Einfuhren (1989) aus Japan beziehe und daß es Japans viertgrößter Handelspartner sei.

Antijapanische Stimmung kam auch noch in einem anderen Zusammenhang auf, nämlich bei der Korrektur der japanischen Schulbücher durch das Tokyoter Kultusministerium i.J. 1982, die dazu führte, daß die japanischen Angriffe während des Zweiten Weltkriegs auf China und Südostasien "geschönt" wurden. Taibei übermittelte der japanischen Regierung über seine halbamtliche Vertretung am 31.7.1982 ein Memorandum, in dem "die Verdrehung der historischen Tatsachen" mißbilligt und das japanische Kulturministerium aufgefordert wurde, seine Korrektur noch einmal zu überdenken.²⁰²

Noch einen weiteren Konflikt gab es mit Japan, nämlich den Toyota-Fall.

Auf der Suche nach einem weltbekanntem Partner für ein Pkw-Joint Venture, das auf Taiwan pro Jahr 300.000 Fahrzeuge herstellen sollte, war nach langen Diskussionen i.J. 1982 nur noch Toyota übriggeblieben, mit dem im Dezember desselben Jahres eine Absichtserklärung unterzeichnet wurde. Partner des Gemeinschaftsunternehmens sollten zu 45% Toyota, zu 25% das taiwanische Staatsunternehmen China Steel Corp. und zu 30% private taiwanische Investoren sein.

Schon bald zeigte es sich allerdings, daß die Interessen in verschiedene Richtungen gingen: Während Toyota

vor allem den taiwanesischen Inlandsmarkt bedienen wollte, dachten die Vertreter des Wirtschaftsministerium an den Export; schon im achten Jahr nach Gründung sollten beispielsweise 50% aller Autos ausgeführt werden; ferner sollte Toyota seine gesamte Technologie übertragen.

Da der japanische Großhersteller sich auf dem Weltmarkt nicht selbst Konkurrenz machen und überdies seine Technik nicht preisgeben wollte, zog er sich im September 1984 wieder zurück, wobei die Regierung in Taibei Gesicht verlor. Lachende Dritte blieben die sieben kleinen taiwanesischen Autofabriken, allen voran die Firma Yue Long, die bisher zumeist nur Montagearbeiten durchgeführt, d.h. ausländische Fertigteile zusammengebaut hatten und nicht konkurrenzfähig gewesen wären, hätten sie nicht hinter hohen Zollschutzmauern produzieren können.²⁰³

6.3.3.3.

Wunschpartner Indonesien und Singapur

Für eine gute Weile hoffte Taiwan vor allem mit zwei asiatischen Staaten diplomatische Beziehungen aufnehmen zu können, nämlich mit Indonesien, das 1967 - zwei Jahre nach dem Aufstand der KPI - die diplomatischen Beziehungen zu Beijing abgebrochen hatte, und zu Singapur.

Optimistisch gestimmt besuchte Ministerpräsident Sun Yunxuan im Dezember 1981 fünf Tage lang Indonesien, wobei er auch eine militärische Zusammenarbeit anbot.²⁰⁴ Am Ende aber kam alles ganz anders: Zehn Jahre später, im Juli 1990, nahm Jakarta seine alten Beziehungen zu Beijing wieder auf.

Mit Singapur gab es einen noch viel intensiveren Handels-, Gedanken- und Besucheraustausch, u.a. kam es sogar zum Abschluß einer Reihe von Abkommen, so z.B. über die Vermeidung von Doppelbesteuerung²⁰⁵ sowie über die Erweiterung des beiderseitigen Handels und der Investitionen.²⁰⁶ Singapur erlangte für Taiwan auch dadurch Bedeutung, daß ein Teil des indirekten Taiwan-Festlandhandels über die südostasiatische Entrepotstation lief. Dieser Zwischenhandel erklärt auch das taiwanesisch-singapurische Handelsvolumen von immerhin 2,86 Mrd.US\$ i.J. 1989.

Trotz dieses guten Einvernehmens aber folgte Singapur dem Beispiel Indonesiens und trat 1990 in Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Beijing ein.

6.3.3.4.

Beijings Waffenembargopolitik gegenüber Taiwan

6.3.3.4.1.

Der niederländische U-Boot-Fall

Am 18. Dezember 1980 stach die niederländische Regierung in ein chinesisches Wespennest, indem sie die Lieferung von zwei U-Booten an Taiwan gestattete. Gründe für diese Entscheidung waren zum einen das Junktim Taiwans zum Kauf weiterer Zivilgüter und zweitens die Hoffnung, daß die stark subventionierte Rotterdamer Werft Rijn-Schelde-Verolme (RSV) sich durch den Auftrag sanieren könne. Offensichtlich war Den Haag davon ausgegangen, daß Holland ein klein wenig in die Fußstapfen der USA treten könne, die ja ungeachtet diplomatischer Beziehungen mit Beijing damit fortführen, Taiwan mit Waffen zu beliefern.

Quod licet Jovi non licet bovi: Beijing reagierte sogleich mit einer Heftigkeit, die jedermann in Erstaunen setzte: Die Lieferung der U-Boote an Taiwan sei eine Verletzung der niederländisch-chinesischen Abmachungen, wie sie anlässlich der Aufnahme der bilateralen diplomatischen Beziehungen i.J. 1972 getroffen worden seien. Taiwan sei damals von Holland ausdrücklich als eine Provinz Chinas anerkannt worden und könne jetzt nicht einfach Empfänger von Kriegsgüter werden. Lieferungen dieser Art bedeuteten eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas.²⁰⁷ Zur gleichen Zeit hatte Beijing, wie erst später bekannt wurde, damit begonnen, aus Protest gegen die Waffenlieferungen der USA Washington an den Verhandlungstisch zu bringen - ein Versuch, der, wie bereits geschildert, erfolgreich war und mit dem Kompromiß zur Waffenlieferungsbeschränkung vom August 1982 endete. Von diesem Zeitpunkt an schrumpften die Lieferungen der USA an Taiwan bis Ende der 80er Jahre - einem Bericht des US-Verteidigungsministeriums zufolge - um jährlich 20 Mio.US\$.

Wollte Beijing den USA als den traditionellen Protektoren Taiwans ein eingeschränktes Waffenlieferungsrecht

noch gerade durchgehen lassen, so war es entschlossen, einen "Neuling" wie die Niederlande von vornherein in die Schranken zu weisen. Damit nicht auch noch andere Staaten auf eine ähnliche Idee kämen, beschloß Beijing, ein Exempel zu statuieren und zog, nachdem seine Proteste nichts gefruchtet haben, am 27.2.1981 seinen Botschafter aus Den Haag zurück.²⁰⁸ Gleichzeitig begann die VR China damit, die Beneluxländer gegeneinander auszuspielen: Während sie ihre Beziehungen zu den Niederlanden abkühlen ließ, durfte Belgien eine Zunahme chinesischen Wohlwollens erfahren: Die belgische Industrie erhielt u.a. Projektaufträge für den chinesischen Schienenverkehr, in der Schifffahrt und beim Hafenaufbau.²⁰⁹

Die U-Boot-Angelegenheit wurde zu einer Zerreißprobe in der holländischen Innenpolitik: Während das Unterhaus sich gegen die U-Boot-Lieferung wandte, wollte die Regierung an ihrer Ausfuhrgenehmigung festhalten.

Die Regierung in Taiwan, die das U-Boot-Geschäft nicht nur als einen simplen Liefervertrag, sondern geradezu als einen außenpolitischen Testfall betrachtete,²¹⁰ beschloß, die Strategie Beijings zu unterlaufen und einen wirtschaftlichen Köder auszulegen: Im März 1981 reiste eine Sonderaufkauflkommission aus Taiwan in die Niederlande und bestellte dort Waren im Werte von 90 Mio.US\$,²¹¹ wobei weitere Geschäfte in Aussicht gestellt wurden.

Gleichwohl gingen die Auseinandersetzungen in Den Haag weiter und nervten die Regierung, die wahrscheinlich schon damals den Vorsatz gefaßt hatte, das gegenwärtige Geschäft zwar noch durchzuziehen, sich in Zukunft aber auf kein ähnliches Projekt mehr einzulassen. Genau dies hatte die Beijinger Politik beabsichtigt: nicht mehr und nicht weniger! Ganz in diesem Sinne unterbreiteten die Niederlande 1984 der VR China einen Kompromißvorschlag: Der gegenwärtige Vertrag solle abgewickelt, in Zukunft aber kein weiteres Kriegsgerät mehr an Taiwan geliefert werden.

Beijing war sowohl mit diesem Vorschlag als auch damit einverstanden, daß die beiderseitigen Beziehungen wieder auf Botschaferebene angehooben wurden.

Taiwan verfolgte diese Entwicklung mit gemischten Gefühlen: Auf der einen Seite war es stolz darauf, daß es die Niederlande auf ihre Lieferungsverpflichtungen hatte festnageln können, auf der anderen Seite aber mußte es ständige Preiserhöhungen schlucken, so daß statt der ursprünglich vereinbarten 10 Mrd.NT\$ am Schluß 29,6 Mrd. zu begleichen waren. Trotzdem hätte Taiwan am liebsten noch vier weitere Boote in Auftrag gegeben, doch diesmal blieb die Regierung in Den Haag hart.²¹²

Die beiden U-Boote trafen im Dezember 1987 und im Mai 1988 in Taiwan ein. Während die Volksrepublik zu dieser Zeit über rd. 100 Einheiten dieses Typs verfügte, mußte sich Taiwan mit nunmehr insgesamt vier begnügen. Letztlich war damit Beijing am längeren Hebel geblieben.

6.3.3.4.2.

Frankreich und Schweiz in der Versuchung

Eine ähnliche Affäre wiederholte sich 1989, als das französische Wirtschaftsministerium den Verkauf von sechs Fregatten der Klasse Lafayette FL-3000 (1.200 BRT) im Werte von rd. 1,3 Mrd.US\$ für Taiwan freigab.

Auch diesmal reagierte Beijing prompt und drohte mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen²¹³ - und erneut setzte es sich durch. Schon eine Woche später, nämlich am 10.Januar, erklärte Paris alle Abmachungen mit Taiwan für null und nichtig.²¹⁴ Der Grund: in Paris hatte sich das Außengegen das Wirtschaftsministerium durchgesetzt.

Zweimal hatte Beijing also nun potentiellen Waffenlieferanten - den Niederländern und den Franzosen - die Zähne gezeigt und zweimal hatte es obliegt. Kein Wunder, daß andere Staaten nun höchst vorsichtig wurden: So lehnten es z.B. die Schweizer, belehrt von den niederländischen Erfahrungen, im November 1983 ab, die Erlaubnis zur Lieferung von 50 Panzern sowie von Luftabwehrgeräten an Taiwan zu erteilen. Als Begründung wurden die Beziehungen der Schweiz zur VR China angegeben, die nicht beeinträchtigt werden dürften.²¹⁵

Nur *einem* Land war es jetzt noch erlaubt, wenigstens in bescheidenem Umfang Waffen an Taiwan zu liefern, nämlich den USA.

Taiwan ließ sich allerdings nicht entmutigen, sondern beschloß achselzuckend nun zum Eigenbau überzugehen. Am gleichen Tag, an dem die französische Absage eintraf, wurde auf der Schiffswerft von Gaoxiong das Projekt eines Fregatten-Eigenbaus aufgelegt. Innerhalb von zehn Jahren, hieß es, sollten acht Fregatten der Perry-Klasse im Gesamtwert von 5,3 Mrd.US\$ gebaut werden. Die US-Firma Bath Ironworks sollte hierzu die nötige, in Taiwan nicht selbst vorhandene Technologie liefern.²¹⁶

6.4.

Beiderseits der Taiwanstraße: Entwicklungen und Optionen

6.4.1.

Tauwetter beiderseits der Taiwanstraße

Noch in den 70er Jahren hatte sich Taibe den Wiedervereinigungsangeboten Beijings, die man als Politik der tödlichen Umarmung empfand, zu entziehen versucht und war dadurch in eine passive Situation geraten, die nicht nur zu weiterer Isolierung der RCh führte, sondern zu allem Überfließ auch noch bei der eigenen Bevölkerung auf Unverständnis stieß.

Da es so nicht weitergehen konnte, beschloß Taiwan, aus seiner Reserve herauszugehen und mit der Volksrepublik in einen friedlichen Wettstreit einzutreten. Hatte man doch erfreut - und eigentlich gar nicht so erstaunt - zur Kenntnis nehmen können, daß die seit Dezember 1978 zum Zug gekommenen Reformer um Deng Xiaoping dem Modell Taiwan insgeheim Bewunderung zollten und sich sogar mit einigen seiner Elemente bedient hatten.

Rein physisch war die Volksrepublik der Insel Taiwan zwar unendlich überlegen. In den 80er Jahren entsprach beispielsweise der jährliche Nettozuwachs an Bevölkerung fast der gesamten Einwohnerschaft Taiwans. Und doch begann am Ende das kleine Taiwan Vorsprung zu gewinnen. Dieser David-Goliath-Vergleich tat wohl und wirkte zugleich ermutigend.

Der Aufbau, wie er sich in der Volksrepublik seit Beginn der Reformen im Dezember 1978 herausentwickelte, entsprach einem "gemischten Modell", das sich aus folgenden Elementen zusammensetzte: (1) "sozialistische" Prinzipien, (2) Entfernung der sowjeti-

schen Elemente, (3) Nachahmung des ungarischen Wirtschaftsmodells, (4) Übernahme amerikanischer Managementmethoden, (5) Orientierung an den Entwicklungserfahrungen Japans, (6) Beibehaltung einheimischer praktischer Methoden und (7) "Lernen vom wirtschaftlichen Erfolg Taiwans".²¹⁷

Diesseits und jenseits der Taiwanstraße waren nun also *Reformer* am Werk: Deng Xiaoping hatte seine "Modernisierungs"-Version beim 3.Plenum des XI.ZK (Dezember 1978) durchsetzen können, und auch auf Taiwan kamen überall - wenn auch schon auf wesentlich höherem Niveau - neue Kräfte ans Ruder, vorerst zwar noch verborgen, doch ab 1986 voll ins Licht der Öffentlichkeit tretend.

Diese neue Konstellation färbte auch schon bald auf den beiderseitigen Umgangston ab:

Am 17.Juli 1981 gab das GMD-"Arbeitskomitee für das chinesische Festland" bekannt, daß die chinesischen Kommunisten in den öffentlichen Publikationen künftig nicht mehr als "Banditen" (fei), sondern als "chinesische Kommunisten" (zhonggong) bezeichnet, und daß in Zukunft auch nur noch vom "Regime des chinesischen Kommunismus" (zhonggong zhengquan) gesprochen werden solle.

Die "Chicom" ihrerseits hatten den Wortgebrauch "Jiang-Banditenbande" (Jiang feibang) bereits seit der Friedensoffensive von 1979 aufgegeben und einen Politiker wie Jiang Jingguo fortan nur noch als "Herr" (xiansheng) betitelt.

Beim XII.Parteitag der GMD Anfang April 1981 wurde außerdem beschlossen, den Ausdruck "glorreiche Rückeroberung des Festlands" (guangfu dalu) durch die Parole "Vereinigung nach den drei Volksprinzipien" zu ersetzen. Das kommunistische Regime sollte m.a.W. nicht mehr gewaltsam gestürzt, sondern statt dessen von innen her aufgeweicht werden: Man brauchte eigentlich nur noch zu warten, bis sich das dem Volk so fremd gebliebene und von ihm gehaßte Herrschaftssystem von selbst auflöse.²¹⁸

Noch freilich galt für die RCh-Regierung die 1980 festgelegte "Politik der drei Nein" (san bu), die es ablehnte, mit dem "chinesischen kommunisti-

schen Regime" (1) zu verhandeln, (2) Kompromisse zu schließen und (3) Kontakte aufzunehmen.

Die Theorie war freilich das eine, die Alltagspraxis aber das andere. So wurde beispielsweise mit Beginn der 80er Jahre Hongkong zu einer Art Hintertür, durch die sich Taiwanesen in aller Heimlichkeit schlichen, um auf dem Festland Geschäfte abzuschließen oder aber Verwandte wiederzutreffen, die sie drei Jahrzehnte lang nicht mehr gesehen hatten. Alle drei Seiten - die Behörden in Taiwan, in der Volksrepublik und in Hongkong - drückten dabei mehr als ein Auge zu.

Während das Erklärungsverhalten nach außen hin starr und dogmatisch blieb, zeigten sich im Alltag zunehmend Flexibilität und Improvisationsbereitschaft - ein typisch chinesischer "Widerspruch"!

Da die RCh-Regierung durch vor schnelles Nachgeben Gesicht verloren hätte, mußte sie sich auf kleinste Schritte beschränken:

- Am 2.11.1987 z.B. gestattete sie zum ersten Mal den Besuch von Verwandten ersten und zweiten Grades auf dem Festland. Damit hatte sie nicht nur der normativen Kraft des Faktischen Rechnung getragen und Vorgänge legalisiert, die ohnehin schon alltäglich geworden waren, sondern überdies dem Drängen einflußreicher Politiker, nicht zuletzt auch hoher Offiziere, nachgegeben, die fast ausschließlich vom Festland stammten und sich nicht ewig mit Besuchsversprechungen trösten lassen wollten.

Nun schien es kein Halten mehr zu geben. Innerhalb eines einzigen Jahres machten 164.000 Taiwanesen von der neuen Besuchsmöglichkeit Gebrauch. Vermutlich gab es daneben aber noch zahllose weitere Festlandsbesucher, die illegal in die Volksrepublik einreisten; zumindest waren die Sitzplätze auf der Flugstrecke Taiwan-Hongkong trotz zusätzlich eingelegter außerplanmäßiger Flüge so knapp geworden, daß manche Rückkehrer in Hongkong oft viele Tage lang ausharren mußten, ehe sie einen Platz ergatterten konnten.

- Am 3.Juni 1988 dehnte der Exekutiv Yuan unter dem Druck der Öffentlichkeit den Besucherkreis auf den dritten und vierten Verwandtschafts-

grad (Vettern und Cousinen) aus. Außerdem wurde die Besuchsspanne jetzt auf ein ganzes Jahr ausgeweitet.²¹⁹

- Im Gegenzug mußte nun auch Beijing Farbe bekennen und erließ in der Tat am 9.November 1988 seinerseits Bestimmungen, denen zufolge Verwandtenbesuche in Taiwan bei schwerer Erkrankung oder Todesgefahr erlaubt sein sollten.²²⁰ Die Regierung in Taibei hatte gegen diese neue Großzügigkeit nichts einzuwenden, kündigte aber an, allen Personen die Einreise verweigern zu wollen, die der KPCh oder einer "rebellischen Organisation" angehörten - was immer das war.

- Auch sonst bahnte sich das Leben neue - und häufig originelle - Wege. Im Mai 1989 beispielsweise schifften sich 300 fromme Fischer aus Taiwan auf 19 Kuttern als Pilger zur Meerestgöttin Mazu nach Fuzhou ein, obwohl der Direktverkehr zwischen beiden Ufern der Taiwanstraße nach wie vor verboten war.²²¹ Die Regierung erhob auch diesmal keine Einwendungen.

- Weitere Kontakte wurden dagegen nicht nur geduldet, sondern ausdrücklich legalisiert. So durften beispielsweise seit dem 10.Juni 1989 die Einwohner Taiwans via Hongkong mit dem chinesischen Festland telefonieren; ab 30.Juni konnte über einen dritten Ort auch telegraphiert werden. Ferner durften die Bürger Taiwans ab 10.Juni Briefe direkt per Post, d.h. nicht mehr über das Rote Kreuz, nach Festlandchina schicken.²²²

- Im April 1989 genehmigte der Exekutiv Yuan Dienstreisen für Journalisten und Filmemacher. Auch Lehrer konnten von jetzt an während der Sommer- und Winterferien Verwandte auf dem chinesischen Festland besuchen; ausgenommen von diesen Bestimmungen blieben nur Soldaten, Polizisten und Geheimnisträger.²²³

- Auch im Bereich des Handels begann die Front gegenüber dem Festland langsam abzubrockeln. Noch im Mai 1988 waren zwei Geschäftsleute aus Taiwan wegen direkter Geschäftsbeziehungen zum Festland (Ankauf von Jungaalen) zu 5 Jahren Gefängnis und zwei andere wegen Investitionen auf dem Festland vor Gericht gestellt worden, wobei die Anklage jeweils allen Ernstes auf "Unterstützung von Rebellen" lautete.²²⁴

Gleichzeitig aber waren die indirekten Handelsverbindungen via Hongkong und Singapur seit nunmehr schon drei Jahren kaum noch behindert worden - ein Widerspruch, den die Regierung auf die Dauer nicht tragen konnte, zumal die VR China am 6. Juli 1988 Sondervorschriften zur Förderung von Investitionen taiwanesischer Firmen auf dem Festland erlassen hatte, die attraktive Bedingungen enthielten.

- Stillschweigend war die RCh-Regierung mittlerweile auch zu einer immer großzügigeren Auslegung des Begriffs "indirekt" übergegangen. Der Besuch der RCh-Finanzministerin in Beijing galt nach der offiziellen Sprachregelung beispielsweise nur als "indirekter" Kontakt, weil sie dort nicht irgendeine chinesische Stelle kontaktiert, sondern lediglich an einer Tagung der Asiatischen Entwicklungsbank teilgenommen habe. Was Waren anbelangt, so galten sie dann als "indirekt" angeliefert, wenn das transportierende Schiff die Volksrepublik nicht als Endziel, sondern lediglich als Zwischenstation anliefe.

Am 10. August 1988 wurde zum ersten Mal ein Mann freigesprochen, der angeklagt worden war, mit dem chinesischen Festland Direkthandel betrieben zu haben.²²⁵

Am 6. September 1988 erklärte der Justizyuan, daß Direkthandel mit Firmen des chinesischen Festlands kein Delikt im Sinne der tatbestandsmäßigen "Unterstützung von Rebellen" darstelle, sofern es sich bei den Waren nicht um Kriegsmaterial handle.²²⁶

Am 20. Juli 1988 erließ das Wirtschaftsministerium in Taipei einen Beschluß, demzufolge 50 in einer Liste aufgeführte Rohstoffe künftig indirekt vom Festland importiert werden dürften.²²⁷

Bis zur offiziellen Legalisierung auch des Direkthandels konnte es jetzt nur noch ein kleiner Schritt sein.

- Hand in Hand mit diesen Aufweichungserscheinungen gab es auch institutionelle Lockerungsübungen, die sich freilich in höchst subtiler Weise vollzogen: Am 24. April 1986 beispielsweise entstand innerhalb des Beijinger Außenministeriums ein "Büro für Taiwan-Angelegenheiten".²²⁸ Solche taiwanorientierte Gremien hat es zwar be-

reits in Parteiorganisationen (dort sogar beim ZK der KPCh), beim Ministerium für Außenhandel und bei der Nationalen Politischen Konsultativkonferenz gegeben. Warum aber die Einrichtung eines Taiwan-Amtes nun auch beim Außenministerium? Sollte dies bedeuten, daß Taiwan als "Ausland" anerkannt werden sollte? Beijing verneinte die Frage. Vielmehr sei das Gremium im Hinblick auf die bevorstehende Tagung der Asiatischen Entwicklungsbank erfolgt. Nachdem es zwischen Beijing und der AEB zu der Vereinbarung gekommen war, daß die Volksrepublik das ganze China, einschließlich Taiwans, in der AEB repräsentieren solle, habe es gegolten, diesem Tatbestand auch organisatorisch Rechnung zu tragen.²²⁹

Umgekehrt entstanden auch auf Taiwan im August 1988 kurz hintereinander neue Festlandsämter, nämlich ein Regierungs- und ein GMD-Organ, denen die Aufgabe obliegen sollte, das weitere Vorgehen gegenüber dem chinesischen Festland zu überdenken. Das Regierungsgremium erhielt den Namen "Arbeitsausschuß für Festlandsangelegenheiten" (Dalu gongzuo huibao), der GMD-Ausschuß die Bezeichnung "Leitende Arbeitsgruppe für Festlandsangelegenheiten" (Dalu gongzuo zhidao xiaozu). Im Regierungsgremium waren Vertreter aus den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Sicherheitsressorts vertreten, in der Parteigruppe die Vorsitzenden der Ausschüsse für internationale Beziehungen, für Militärwesen u.dgl.²³⁰

- Am 17. Mai 1986 fand zum ersten Mal seit 1946 wieder eine offizielle chinesisch-chinesische Begegnung statt, und zwar auf "neutralem" Boden, d.h. in Hongkong. Anlaß war die Einführung eines nationalchinesischen CAL-Jumbos (Boeing 747) in die VR China. Als Gesprächspartner traten auf der einen Seite Funktionäre der CAAC (also der staatlichen volksrepublikanischen Fluggesellschaft) und auf der anderen Seite Vertreter der taiwanesischen CAL (China Air Lines) auf. Beide Seiten betonten, daß es sich bei ihren Gesprächen nicht um den Beginn einer neuen Politik, sondern lediglich um einen exzeptionellen Einzelfall handle.²³¹ Einen weiteren Anlaß für Taipei, noch stärker als bisher aus der Reserve herauszugehen, lieferte das Tiananmen-Massaker vom 4. Juni 1989. Regierung und Öffentlichkeit Taiwans

reagierten auf die Beijinger Vorgänge in zweifacher Weise: Auf der einen Seite kam es in allen größeren Städten der Insel zu wochenlangen Protestversammlungen und Trauerfeiern für die Opfer. Staatspräsident Li Denghui rief am 4. Juni morgens die Staats-, Partei- und Militärführung zu einer Dringlichkeitssitzung ein, nach deren Abschluß eine Presseerklärung herausgegeben wurde, die die Greuelthaten der kommunistischen Machthaber verurteilte und die Streitkräfte in Alarmbereitschaft versetzte.²³² Im gleichen Atemzug gab die Regierung jedoch zu verstehen, daß Angriffe auf das Festland auch jetzt nicht geplant seien, sondern daß Taiwan sich auf eine politische Offensive beschränken wolle.²³³

Auf der anderen Seite nutzte Taipei die Tiananmen-Vorgänge als nachtschwarze Folie, vor der es seine eigenen Errungenschaften - politische Demokratisierung und wirtschaftliche Liberalisierung - um so leuchtender und wirkungsvoller präsentieren konnte. Die Regierung zeigte auch Genugtuung darüber, daß, wie sie meinte, die wichtigsten Impulse für die festländische Studentenbewegung von Taiwan ausgegangen seien. Der Regierungssprecher bemerkte dazu am 7. Juni 1989, daß "einer der Gründe für die Entstehung der Demokratiebewegung in unserer Politik liegt, der Bevölkerung den Besuch der anderen Seite Chinas zu gestatten. Ich denke, die Erfolgsgeschichte Taiwans war einer der wesentlichen Faktoren, die die Demokratiebewegung ausgelöst haben. Deshalb werden wir mit unserer Politik der Öffnung zur anderen Seite fortfahren... Seit November 1986 ... haben wir gut eine halbe Million Menschen zur anderen Seite reisen lassen... Den Festlandschinesen ist dadurch die Erfolgsgeschichte Taiwans voll ins Bewußtsein gekommen. Wir haben ihnen auch erklärt, daß sie ihr Land auf die gleiche erfolgsversprechende Weise weiterentwickeln könnten, wie wir es hier getan haben. Dies war einer der wesentlichen Gründe, die den massiven Anspruch auf Demokratie und Freiheit hervorgerufen haben."²³⁴ An anderer Stelle hieß es, daß "Demokratie die beste Verteidigung Taiwans gegen China ist".²³⁵ Zumindest die Führung in Beijing scheint Aussagen dieser Art ernstgenommen zu haben; denn plötzlich zeigte die Volksrepublik, die in der Taiwan-Frage vorher so lange "am Drücker" gewesen war, Berüh-

rungsängste und zuckte fast zurück, als Li Denghui am 20. Mai 1990 die Initiative ergriff und mit einer Reihe von Gesprächsvorschlägen aufwartete, von denen Beijing, das ja immer noch unter den Nachwirkungen des Tiananmen-Schocks litt, offensichtlich überrascht und in Bedrängnis gesetzt wurde. Als Taiwan nun plötzlich auch dem von Beijing seit Jahren geäußerten Wunsch nach Post austausch nachgab, war die VRCh-Regierung wenig begeistert und begann schon bald dagegen zu protestieren, daß sich in den Postsendungen antikommunistische Propaganda befinde, und daß Taiwan den neuen Verbindungsweg dazu mißbrauche, "psychologische Kriegsführung" gegen die VR China zu betreiben.²³⁶

Auch beschuldigte Beijing den taiwanesischen Geheimdienst, während der Mai- und Juni-"Unruhen" Agenten aufs Festland entsandt zu haben, die dort Studenten und Arbeiter gegen die Regierung aufgehetzt hätten. In diesem Zusammenhang seien am 22. Juni 13 Taiwan-Agenten verhaftet worden.²³⁷

Taiwan triumphierte: Es war aufgrund seiner Wohlhabenheit und seiner "Vorzeigbarkeit" für die Bewohner des Festlands so attraktiv geworden, daß es gute Chancen sah, mit Erfolg in den Wettbewerb um die "Hirne" der dortigen Menschen einzutreten. Am Ende werde sich der Bessere durchsetzen.

Auf der anderen Seite durchlöcherte diese neue Vorwärtsstrategie sowohl den Geist als auch den Buchstaben der eigenen "Drei-Nein-Politik". Zusätzlich begann die Regierung eine Feinfühligkeit gegenüber dem Festland an den Tag zu legen, wie sie wenige Jahre vorher noch undenkbar gewesen wäre. Ein Beispiel dafür war die Prämienpolitik für geflohene Festländer. Als beispielsweise am 12. Mai 1988 zwei Arbeiter aus Kunming eine CAAC-Maschine vom Typ Boeing 737/200 mit 107 Passagieren nach Taiwan entführten, kamen zum ersten Mal in der öffentlichen Diskussion Bedenken auf, ob man die Entführer nicht eher als Terroristen denn als Helden behandeln sollte. Während Flugzeugentführer nach § 77 des taiwanesischen "Gesetzes gegen Verbrechen in der Zivilluftfahrt" in aller Regel zum Tode verurteilt wurden, hatten sie, wenn sie das gleiche Verbrechen gegenüber der VR China begingen, bisher sogar Geldprämien erhalten.²³⁸ Im Gegensatz zu

früher wurde der neue Entführungsfall schnell "bereinigt". Schon wenige Stunden nach ihrem Eintreffen durfte die Maschine wieder aufs Festland zurückfliegen, und auch von Jubelpropaganda zugunsten der beiden Entführer konnte diesmal keine Rede sein. Zum ersten Mal fühlte man sich in Taiwan von dem Geschehen peinlich berührt.

Eine weitere ungewöhnliche Geste Taiwans gegenüber dem Festland bestand darin, daß die Regierung das Rundfunkschiff "Göttin der Demokratie", das im Sommer 1990 seine Sendungen vor der Festlandküste aufnehmen und im Sinne der Überlebenden des Tiananmen-Massakers aufklärend wirken sollte, praktisch außer Gefecht setzte. Zwar hatte die Bevölkerung von Gaoxiong der Besatzung einen begeisterten Empfang bereitet, doch hatte die Regierung unter fadenscheinigen Vorwänden die radiotechnischen Anlagen beschlagnahmen lassen. Da auch die japanische Regierung Versuche zur Beschaffung von Ersatzgeräten vereitelte, mußte die "Göttin der Demokratie" ihr Vorhaben aufgeben.

6.4.2. Sechs Kontaktebenen

6.4.2.1. Die politische Ebene: Dialog auf Regierungs- oder auf Parteiebene?

Im politischen Bereich ging es zwischen beiden Seiten *inhaltlich* um die Wiedervereinigungsfrage, *prozessual* aber um die Gesprächsebene: Während Taiwan der VR China Verhandlungen auf Regierungsebene anbot, wobei stets der Grundsatz der "Gesprächsgleichrangigkeit" (*duideng tanpan*) gelten sollte, wollte Beijing gleichberechtigte Verhandlungen nur auf *Parteiebene*, d.h. zwischen KPCh und GMD, zulassen.²³⁹

Diese verschiedenen Entwürfe entsprachen den beiderseits der Taiwanstraße bevorzugten Interpretationen der derzeitigen politischen und rechtlichen Lage in China: Während Taipei seinen Vorschlag zu Regierungs-/Regierungs-Gesprächen mit dem Hinweis begründete, daß derzeit - entsprechend den realen Gegebenheiten - von "einem Land und zwei Regierungen" auszugehen sei, stützte Beijing die von ihm vorgeschlagenen Partei-/Partei-Verhandlungen auf die alte Deng Xiaoping-Formel von "einem Land und zwei Systemen" sowie auf das Postulat, daß

hier nicht zwischen zwei Staaten oder zwei Regierungen, sondern zwischen dem Zentrum und einer Provinz verhandelt werde.²⁴⁰

Einig waren sich beide Seiten dann aber wiederum darin, daß es nach wie vor nur ein einziges China gebe und daß Taiwan nichts anderes sei als eine Provinz dieser "Volksrepublik" oder "Republik China" - je nach Interpretation.²⁴¹

6.4.2.2. Die wirtschaftliche Ebene: Unausgeschöpftes Potential

Handel mit einem so interessanten Partner wie Taiwan zu treiben, war für die chinesischen Reformer von Anfang an ein außenwirtschaftliches Hauptanliegen.

In seiner Umarmungsstrategie gegenüber Taiwan hatte Beijing deshalb bereits am 2. April 1980 einen entscheidenden Schritt getan, indem es die Insel zum Zollinland erklärte. Ausländische Schiffe, die bereits in Taiwan eine Hafengebühr entrichtet hatten, brauchten von nun an in Häfen der Volksrepublik kein zweites Mal mehr zu zahlen. Beijing hatte auch nichts dagegen einzuwenden, daß zahlreiche Firmen, vor allem solche amerikanischer Provenienz, Niederlassungen sowohl in Taiwan als auch auf dem Festland unterhielten.²⁴²

Das Unternehmertum Taiwans konnte den attraktiven Angeboten des Festlands nicht lange widerstehen und drängte - einem vier Jahrzehnte bestehenden Tabu zuwider - mit aller Macht auf den festländischen Markt, der, wie wahrscheinlich kein anderer Wirtschaftsraum der Welt, in Zukunft einmal für Taiwan interessant werden konnte.

Zwar durften, wie bereits erwähnt, bis in die 90er Jahre hinein, keine direkten Handelsbeziehungen aufgenommen werden - illegale Schmuggelgeschäfte in der Taiwanstraße waren einstweilen die Ausnahme -, doch wurde der indirekte Warenaustausch via Hongkong und Singapur vom Rinnsal schnell zur Springflut. Nach Statistiken des Hongkonger Zollamts erhöhte er sich 1989 gegenüber dem Vorjahr um gleich 28% und erreichte eine Höhe von 3,483 Mrd. US\$, wovon Taiwan 2,896 Mrd. aufs Festland exportierte, während es von dort für 586,9 Mio. impor-

tierte - ein Überschuß zugunsten der Inselwirtschaft von 2,309 Mrd.US\$.²⁴³ Nimmt man noch andere Handelsströme, vor allem über Singapur, hinzu, so dürfte der Gesamtumsatz im zwischenstaatlichen Handel 1989 bei vermutlich 3,7 Mrd.US\$ gelegen haben.²⁴⁴

Hongkong rieb sich angesichts von Umsätzen dieser Größenordnung die Hände: doch stets mußte es sich fragen, wie lange der Segen noch anhält; schon 1990 war ja abzusehen, daß der zwischenstaatliche Handel früher oder später nicht mehr indirekt, sondern direkt abgewickelt würde; es handelte sich hier nicht mehr um eine Frage des Ob, sondern nur noch des Wann. Dieser Schluß war um so mehr gerechtfertigt, als Ende 1989 in Taiwan eine Reihe führender Unternehmer die "Gesellschaft für die Koordination des Handels zwischen beiden Ufern der Taiwanstraße" ins Leben gerufen hatte. Die neue Organisation entsandte im Mai 1990 eine erste Delegation mit zusammen 78 Unternehmern in die Volksrepublik, die von Außenhandelsminister Zheng Tuobin begrüßt und zu umfangreicheren Investitionen, vor allem ins Hinterland, eingeladen wurde. Kapitaltransfer und Handel zwischen beiden Seiten seien ja, gemessen an den Möglichkeiten, noch bei weitem nicht ausgeschöpft.

Inzwischen hatte sich auch der *direkte* Handel - sprich der Schmuggel über die Taiwanstraße hinweg - so zügig entwickelt, daß die Regierung in Taiwan es für ratsam hielt, die Notbremse einzulegen. Im Januar 1990 wurde zu diesem Zweck das "7.Korps der Luft- und Seepolizei" als neues Kontrollinstrument eingerichtet, das seither mit seinen Schiffen vor der taiwanesischen Küste patrouillierte.²⁴⁵

Mitte Mai 1990 verabschiedete der Legislativ Yuan ein Gesetz, mit dem die bislang stillschweigend geduldeten wirtschaftlichen Kontakte Taiwans zum Festland auf eine weitere rechtliche Grundlage gestellt wurden. Danach konnten taiwanesischen Geschäftsleute und Unternehmen über Dritte, darunter auch über ihre eigenen Filialen im Ausland (!), Handel mit China betreiben oder investieren. Ausgenommen davon blieben lediglich Rüstungskonzerne, Hightechbetriebe sowie Unternehmen, deren Forschungen von der Regierung subventioniert wer-

den. Gleichzeitig stimmten die Abgeordneten einer Erhöhung der indirekten Importe aus der Volksrepublik und einer weiteren Liberalisierung der Exportbestimmungen zu.

Es war nun nur noch eine Frage der Zeit, bis auch die letzten Schranken fielen.

6.4.2.3.

Investitionen auf dem Festland

Eine zunehmende Bedeutung erhielten die taiwanesischen Investitionen auf dem Festland, vor allem in der Taiwan direkt gegenüberliegenden Provinz Fujian mit ihrer Wirtschaftszone Xiamen.²⁴⁶ Dort hatte die Volksrepublik am 20.Juni 1989 eine eigens für taiwanesischen Unternehmer bestimmte Investitionszone eröffnet.²⁴⁷ Bekanntlich ist die Provinz Fujian - neben Guangdong - die am meisten "übers Meer blickende Provinz" Chinas und Heimat von rd. 700.000 Auslandschinesen, die überall in der Welt leben und ihrerseits wiederum z.T. verwandtschaftliche Beziehungen nach Taiwan unterhalten.²⁴⁸

Zum eigentlichen Investitionsdurchbruch kam es dort 1989, als nämlich die Gesamtinvestitionssumme gegenüber dem Vorjahr um gleich 485% zunahm. Allein für ein einziges, nicht näher genanntes Grundprojekt sollen 200 Mio.US\$ eingebracht worden sein.²⁴⁹

Ebenso wie beim Handel war auch bei den Investitionen kein Direktverkehr erlaubt. Taiwanische Unternehmer mußten deshalb Partnerfirmen in Hongkong zuschalten oder dort eigene Scheinfirmen gründen, um "legal" in der VR China auftreten zu können. 1989 besuchte einer der einflußreichsten Unternehmer Taiwans, Wang Yongqing, mehrere Male das Festland, um über Investitionen in Höhe von 3,6 Mrd.US\$ im Zusammenhang mit dem Bau einer Gastrennungsanlage zu verhandeln. Wangs Firmengruppe "Taiwan Plastics" besitzt einen Anteil von 38% an der gesamten petrochemischen Produktion der Insel.²⁵⁰

Der Druck auf die Regierung in Taipei, weitere Liberalisierungsmaßnahmen im chinesisch-chinesischen Wirtschaftsverkehr zuzulassen, wuchs nun fast von Monat zu Monat. Die Regierung gab denn auch fast überall nach, sei es nun durch einschlägige Regelun-

gen oder ganz einfach durch stillschweigende Duldung der investiven Praktiken.

Am 16.Dezember 1989 kam es darüber hinaus in Hongkong zu einer ersten (halboffiziellen) Abmachung zwischen beiden Seiten. Zweck war die Regelung von Modalitäten der Handels- und Investitionsabwicklung sowie von Arbitragefragen.

Partner dieses Abkommens waren auf VRCh-Seite das "Komitee für die Koordination von Wirtschafts- und Handelsangelegenheiten zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße" und auf der anderen Seite das taiwanesisches "Komitee zur Koordination von Handelsangelegenheiten zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße". Beide Seiten einigten sich u.a. darauf, einmal pro Jahr zu einer gemeinsamen Tagung zusammenzutreten und früher oder später vielleicht sogar eine gemeinsame Organisation ins Leben zu rufen.

Im Juli 1990 fand in Beijing eine dreitägige Konferenz über Handel und Investitionen zwischen China und Taiwan statt, an der rd. 600 Unternehmer von der Insel teilnahmen, die anschließend sogleich in die für Investitionen interessanten Gebiete, vor allem in die Wirtschaftszone der Provinz Fujian, reisten. Die VR-Seite betonte in diesem Zusammenhang, daß China vor allem an Investitionen in der Landwirtschaft, im Energiesektor, im Transport und im Rohstoffbereich interessiert sei, weniger dagegen an Engagements in Leichtindustriebereichen wie Textilien, Elektronik und Haushaltsgeräten. Diese Klarstellung wirkte auf manchen Teilnehmer wie eine kalte Dusche, da taiwanesischen Investoren gerade in den zuletzt genannten drei Bereichen das stärkste Einstiegsinteresse hatten. Gleichwohl ließen sich die Investitionen kräftig an:

Bis Mitte Mai 1990 hatten bereits 700 taiwanesischen Unternehmer Produktionsstätten auf dem Festland errichtet, wobei sich eine Tendenz von kurzfristig-arbeitsintensiven zu langfristig-kapitalintensiven Projekten abzeichnete.²⁵¹

Seminare über Festlandsinvestitionen gehörten von jetzt an zu den festen Bestandteilen taiwanesischer Betriebschulungen oder aber der neuen Seminarzentren.²⁵²

Im Juli 1990 erließ das Kabinett in Taibei eine Bestimmung, derzufolge Direktinvestitionen auf dem Festland erlaubt sein sollten, allerdings nur in den Bereichen Textilien, Landwirtschaftschemikalien, Unterhaltungselektronik, Nahrungsmittel, Schuhe, Spielzeuge, Schirme, Fahrräder, Sportgeräte und Geschenkartikel.²⁵³ Der Begriff "indirekt" wurde durch solche "Klarstellungen" immer mehr eingengt und ausgehöhlt. Offensichtlich geht es hier nicht mehr um die Sache, sondern nur noch um die Form - sprich: die Wahrung des Gesichts.

6.4.2.4.

Der Besucherstrom

Nach jahrelanger Kontaktsperre war es am 27. März 1980 zum ersten Mal zu einem öffentlichen Kontakt zwischen den Bevölkerungen auf beiden Seiten der Taiwanstraße gekommen, als nämlich 17 Seeleute aus der VR China, die auf dem deutschen Frachter Joseph Roth angeheuert hatten, in Taiwan landeten und von der Jilonger "Gewerkschaft der Seeleute" eingeladen wurden, einen Landgang zu unternehmen und durch die Straßen und Kaufhäuser Taibeis zu flanieren. Überall wurden sie von der Bevölkerung freundlich begrüßt und revanchierten sich auf artige Weise, indem sie ihrer Bewunderung über den hohen Lebensstandard und die Wirtschaftsentwicklung Taiwans Ausdruck verliehen. Der Landgang wurde übrigens auch von der volksrepublikanischen Presse begrüßt.^{253a}

Was damals noch als Sensation empfunden wurde, sollte schon wenige Jahre später zur schlichten Normalität werden, zumindest was den Ansturm taiwanesischer Besucher auf dem Festland anbelangt. In den 80er Jahren war, wie oben ausgeführt, die "Drei Nein"-Politik Taibeis immer mehr aufgeweicht worden, sei es nun, daß der Reiseverkehr von Verwandten ersten und zweiten Grades auf solche dritten und vierten Grades bis hin zum allgemeinen Tourismus ausgeweitet wurde, sei es, daß Journalisten aufs Festland reisen durften, daß der direkte Handel via Hongkong dramatisch zunahm, und daß sogar eine politische Delegation nach Beijing kam. All dies führte dazu, daß niemand mehr etwas Besonderes dabei fand, wenn beispielsweise 1989 nicht weniger als 541.000 Taiwanesen das Festland besuchten - eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um gleich

23,6%, obwohl der allgemeine Touristenstrom wegen des Tiananmen-Massakers im gleichen Jahr um 22,7% zurückgegangen war.

Die Touristen aus Taiwan waren damit quantitativ zur Nummer 2 der Festlandsbesucher geworden - gleich hinter den Tongbaomen aus Hongkong und Macau.

Auch das Festland hatte inzwischen, wie erwähnt, Visiten nach Taiwan zugelassen, doch gab es hier keinen Strom, sondern nur ein Rinnsal. Im übrigen fanden sich unter den Ankömmlingen vom Festland Personen, die von Beijing nicht ins Auge gefaßt worden waren, nämlich zahlreiche festländische Wissenschaftler, die auf der Insel um Asyl nachsuchten. Zu diesen "Umsiedlern" gehörten auch Stipendiaten des DAAD und der Humboldt-Stiftung.²⁵⁴

6.4.2.5.

Torso "Volksdiplomatie"

Auf der fünften Schiene, nämlich bei gemeinsamen kulturellen Veranstaltungen, war es zu Beginn der 90er dagegen noch ruhig geblieben. Die Volksrepublik hatte seit 1981 zwar auch hier Kontakte angeboten, war damit aber in Taibei auf eisige Ablehnung gestoßen. Als umgekehrt Taiwan im Zuge der Tiananmen-Affäre die Initiative ergreifen wollte, war die Reife an Beijing, die kalte Schulter zu zeigen.

6.4.2.6.

Die militärische Ebene

Auf Gewaltanwendung gegen Taiwan wollte die Beijinger Führung auch jetzt noch nicht verzichten, zumindest nicht ausdrücklich, obwohl sie immer wieder betonte, daß ihr an einer friedlichen Wiedervereinigung gelegen sei, und daß es ihr vorerst vor allem um die Herstellung der "drei Verbindungen" im Post-, Verkehrs- und Handelsbereich gehe.²⁵⁵

Verständlich, daß man sich in Taibei immer wieder die Frage stellte, unter welchen Bedingungen Beijing schlimmstenfalls entschlossen wäre, wieder zu den Waffen zu greifen. Hierzu gab es zwei Antworten:

- Deng Xiaoping hatte 1985 geäußert, daß die Volksrepublik einen militärischen Angriff auf Taiwan nur unter fünf Bedingungen ins Auge fassen

würde: Anlehnung Taibeis an Moskau, Entwicklung von Atomwaffen, Unabhängigkeitserklärung Taiwans, Entstehung chaotischer Zustände im Zuge von Nachfolgestreitigkeiten, nicht zuletzt auch bei langfristiger Weigerung Taiwans, sich auf Wiedervereinigungsgespräche einzulassen.²⁵⁶

- Hu Yaobang hatte im Mai 1985, also zu einer Zeit, da er noch Generalsekretär der KPCh war, darauf hingewiesen, daß China gegenüber Taiwan nicht auf Anwendung von Gewalt verzichten wolle. Momentan sei ein solches Unterfangen zwar nicht besonders aussichtsreich, doch zehn Jahre später sehe die Lage schon ganz anders aus. Chinas Militär sei so lange schwach, als auch seine Wirtschaft auf dünnen Beinen stehe.²⁵⁷

Sieht man von diesen etwas martialischen Erklärungen ab, so gab es in der täglichen Wirklichkeit keinen Anlaß für eine Kriegsgefahr, vor allem nachdem die VR China mit Wirkung vom 1. Januar 1979 die Beschießung von Jinmen ein-für allemal eingestellt hatte, und nachdem es auch sonst kaum noch zu feindlichen Schiffs- und Flugzeugberührungen gekommen war.

Die Chinesen auf beiden Seiten der Taiwanstraße brauchten sich nur einen Augenblick lang an die Zustände der 50er und 60er Jahre erinnern, um sogleich zu wissen, wie sehr sich die Lage inzwischen verbessert hatte. Ungeachtet dessen freilich setzte Beijing seine Abschreckungspolitik gegen all jene Länder oder Firmen fort, die Anstalten machten, an Taiwan Waffen zu liefern - man denke an die Niederlande und Frankreich.

Mitte 1990 kam ganz überraschend das Gerücht auf, daß die militärische Führung der VRCh im Begriff sei, die Anfang der 80er Jahre abgeschaffte Militärregion Fuzhou wiederherzustellen. Zumindest behauptete die Regierung in Taibei, sie habe sichere Beweise dafür, daß in der Zwischenzeit neue Truppenkontingente an den Küstenabschnitt vis à vis Taiwans verlegt worden seien und daß dort eine neue militante Stimmung aufgekommen sei. Möglicherweise wolle sich der VRCh-Generalstab nicht damit abfinden, daß die militärische Wächterrolle gegenüber Taiwan inzwischen von zwei (miteinander rivalisierenden) Militärregionen, nämlich denen von Nanjing und von Guangzhou, wahrgenommen werde.

Selbst wenn sich aber Verdachtsmomente in dieser Richtung nicht bestätigen sollten, weise doch alles darauf hin, daß das kommunistische China darauf aus sei, "mit Hilfe von Kriegsdrohungen Friedensgespräche zu erzwingen".²⁵⁸

Es blieb beim Gerücht. Genauere Untersuchungen ergaben, daß von der Wiedererrichtung der Militärregion Fuzhou nicht die Rede sein konnte. Immerhin aber zeigte dieses Intermezzo, daß das alte gegenseitige Mißtrauen offensichtlich noch lange nicht aus der Welt geschafft war.

6.4.3.

Erster Durchbruch in der Taiwan-Frage seit 45 Jahren: Li Denghuis Dialogangebot vom Mai 1990

Eine als historisch zu bezeichnende Wende in der Taiwan-Frage begann sich am 20. Mai 1990 abzuzeichnen, als der neue Staatspräsident Li Denghui seine Antrittsrede hielt. Direkte und indirekte Angebote an die Adresse Beijings waren darin enthalten:

Direkt schlug Li dreierlei vor: Erstens sollten zwischen beiden Seiten Verhandlungen zuerst über kulturellen Austausch und Handel und dann auch über die Vereinigung Chinas stattfinden. Zu diesem Zweck seien die "Kommunikationskanäle" zwischen beiden Seiten für den akademischen, kulturellen und wirtschaftlichen Austausch mit dem Festland freizugeben. Wiedervereinigung und Prosperität seien das gemeinsame Ziel aller Chinesen. Taiwan und das Festland gehörten zusammen, und alle Chinesen seien durch "Blutsverwandtschaft" aneinander gebunden. Die Verhandlungen sollten, zweitens, auf Regierungsebene erfolgen und gleichberechtigt sein (*duideng tanpan*). Beide Seiten sollten die Realitäten anerkennen und davon ausgehen, daß es "einen Staat mit zwei Regierungen" (*yiguo liangfu*) gebe. Konkret forderte Li, daß Beijing den Wiedereintritt Taibeis ins GATT nicht verhindere und daß es seine Truppen an der Küste zu Taiwan um 300 km zurückziehe.²⁵⁹ Drittens werde Taiwan, um die Kommunikation zum Festland zu erleichtern, in nächster Zeit die "Interimsbestimmung" für die Generalmobilmachung vom Mai 1948 aufheben. Allerdings müsse die RCh daran drei Bedingungen knüpfen, nämlich (1) politische "Demokratisierung und wirtschaftliche Liberalisierung" auf

dem Festland, (2) Verzicht auf Gewaltanwendung gegen Taiwan und (3) Einstellung aller Versuche, die RCh in der internationalen Staatengemeinschaft zu isolieren.²⁶⁰

In einem Interview fügte Li hinzu, daß sich die KPCh jenen allgemeinen internationalen Trend zur Lehre dienen lassen müsse, der sich in der Sowjetunion, vor allem aber in den osteuropäischen Staaten durchgesetzt habe, daß also vor allem der autokratische Stil und das Bestehen auf einer "Einparteien-Diktatur" keine Überlebenschance habe.²⁶¹ Außerdem müsse das Festland eine wirklich unabhängige Justiz schaffen, die dafür sorgen könne, daß der Rechtsweg gesichert sei.²⁶²

Den Vorstellungen Lis lag offensichtlich die Prämisse zugrunde, daß Taiwan erfolgreich die Wende zur Demokratisierung vollzogen habe, und daß die morsch gewordene Volksrepublik diesem Beispiel zu folgen habe, wenn sie überleben wolle. Bei einer Demokratisierung diesseits und jenseits der Taiwanstraße würde automatisch auch jeder Gedanke an eine militärische Lösung hinfällig.

Indirekte Bestandteile des neuen Angebots waren drei Vorstellungen, die zwischen den Zeilen standen. Erstens sollte die Regierung in Beijing für Taibei von nun an nicht mehr als "Rebellenorganisation", sondern als offizielle Regierung gelten - eine überfällige Klarstellung! Zweitens waren an die Stelle der früheren "Drei Nein" jetzt "Drei Bedingungen" getreten. Drittens aber ging Li von der Vorstellung aus, daß die Wiedervereinigung nur unter den Bedingungen der Sanminzhuyi stattfinden könne. Ganz in diesem Sinne erteilte er dem marxistisch-maoistischen System eine klare Absage. In seiner Antrittsrede führte er u.a. aus, daß "wir uns momentan in einer Periode rascher politischer Veränderungen befinden. Das Streben der Menschheit nach Demokratie, Marktwirtschaft und nach Weltfrieden ist wie eine Flut, die niemand mehr aufhalten kann... Zu einem Zeitpunkt, da viele kommunistische Staaten, darunter auch die Sowjetunion, den Verzicht auf die Einparteien-Diktatur und das kommunistische Wirtschaftssystem kundgetan haben, bleiben auch der Kommunistischen Partei Chinas keine Möglichkeiten mehr, dieser Strömung Einhalt zu gebieten."²⁶³ "Demokratie und Frei-

heit" sind nach dem Verständnis Li Denghuis aufs engste mit der Herrschaft des Gesetzes verbunden²⁶⁴ - eine Aussage übrigens, die fast wortwörtlich auch bei Deng Xiaoping auftauchte, als er 1979 den Wunsch äußerte, daß die bisherige "Personenherrschaft" (*renquan*) durch eine "Rechtsherrschaft" (*faquan*) ersetzt werden sollte.

Überhaupt ließen sich in den Formulierungen Lis zahlreiche Parallelen zu festländischen Verlautbarungen feststellen, die unmöglich zufällig sein können. So war z.B. von "Liberalisierung" und "Internationalisierung" der taiwanesischen Politik die Rede - offensichtlich eine Parallele zur "Strukturreform" und zur "Politik der offenen Tür", die beide seit Jahren Lieblingsbegriffe der Beijinger Führung waren.

In einer Kommentierung zu Lis Rede zählte das GMD-Generalsekretariat "Vier Prinzipien" (auch dies eine Parallelformulierung!) auf, die für das künftige Verhältnis zum Festland maßgebend sein müßten, nämlich (1) das Festhalten an der Einheit Chinas ("Es gibt nur *ein* China"), (2) Vermeidung jeden Zugeständnisses gegenüber der VR China auf Kosten der Sicherheit und des Glücks der 20 Millionen Menschen auf Taiwan, (3) Hilfe für das "Festland" auf seinem Wege zur Demokratie und Freiheit und (4) Entwicklung gleichrangiger und gegenseitig vorteilhafter Beziehungen.²⁶⁵

Lis Initiative löste in der taiwanesischen Öffentlichkeit überwiegend positives Echo, in Beijing jedoch offensichtlich Verblüffung aus. Zumindest reagierte die VRCh-Regierung zu nächst einmal in altbekannter Schrofheit und nach gewohntem Strickmuster: Taibei verfolge, wie es in einer ersten Reaktion hieß, eine Politik, die unter dem Leitmotiv "Ein Land, zwei Regierungen" stehe, und wolle damit letztlich eine "Zwei China"-Politik durchsetzen. Auch die drei Bedingungen seien unannehmbar. Es handle sich bei Lis Ausführungen um eine "taiwanesisches Doppelzüngigkeit".²⁶⁶ Die "Drei Vorbedingungen" seien in Wirklichkeit "Drei Hindernisse".²⁶⁷ Li benehme sich höchst arrogant, wenn er schlicht behaupte, daß der Kommunismus und die sozialistischen Staaten in eine Sackgasse geraten seien, in die auch die kommunistische Staatsmacht auf dem Festland unvermeidlich hin-

eingezogen werde. Er unterstelle dabei, daß die beiden Seiten der Taiwanstraße letztlich im Zeichen der GMD-Vorstellungen wiedervereinigt werden müßten - was für eine Absurdität!²⁶⁸ Li möge sich nicht täuschen: Obwohl auch das chinesische Festland von den allgemeinen Schwierigkeiten der sozialistischen Staaten nicht ganz verschont geblieben sei, sei es doch "wirklich lächerlich und kurzsichtig, daraus den Schluß zu ziehen, daß der Sozialismus nicht realisierbar sei, und daß die sozialistischen Staaten schon bald zu existieren aufhörten". Das kapitalistische System habe bis zu seiner vollen Entwicklung immerhin 300 Jahre gebraucht, während der Sozialismus gerade erst eine 70jährige Geschichte, der chinesische Sozialismus gar nur eine solche von 40 Jahren hinter sich habe.

Taiwan gehe einen gefährlichen Weg, wenn es erstens mit Hilfe seiner "Devisenüberlegenheit" der Volksrepublik außenpolitische Partner "auszuspannen" versuche, wenn es zweitens überall auf der Welt das "Taiwan-Modell" als Muster politischer Demokratisierung, wirtschaftlicher Liberalisierung und als Vorbild für das Festland hinstelle, wohingegen die Volksrepublik in finstersten Farben porträtiert werde, und indem es drittens das Konzept "Ein Land, zwei Systeme" dauernd ins Zwielicht stelle. Mit diesen drei Verhaltensweisen untergrabe Taiwan sein eigenes Postulat, daß es nämlich nur ein China gebe.²⁶⁹ Trotz aller auf den ersten Blick innovativen Ansätze gieße Lis Politik letztlich "alten Wein in neue Flaschen".²⁷⁰

Dies waren erste Reaktionen. Spätere Äußerungen kamen dann weitaus differenzierter: Generalsekretär Jiang Zemin z.B. wollte an den Aussagen Lis in erster Linie das Vereinigungspostulat herauslesen. In der Tat könnten alle Probleme auf dem Verhandlungsweg gelöst werden, falls "beide Seiten der Taiwanstraße ... am Ein-China-Prinzip festhielten. Alle Patrioten gehören einer großen Familie an, und alle Chinesen sind Landsleute vom gleichen Blut".²⁷¹ Die VR China trete für gleichberechtigte Gespräche ein, allerdings nicht zwischen den Regierungen, sondern zwischen den beiden Regierungsparteien KPCh und GMD. Dieser Vorschlag gehe von den tatsächlich bestehenden politischen Verhältnissen und den Rollen der beiden Parteien

aus. Auch andere Parteien, gesellschaftliche Gruppierungen und Individuen aus allen Gesellschaftskreisen könnten zu den friedlichen Konsultationen hinzugezogen werden.²⁷²

Über alles könne man reden, allerdings nicht über eine "Zwei China"-Lösung oder über eine Variante des Spaltungskurses, wie sie beispielsweise in Lis Vorschlag "Ein Staat, zwei Regierungen" zwischen den Zeilen zu lesen sei.

Deng Xiaoping bestätigte ergänzend, daß Taiwan im Falle einer friedlichen Wiedervereinigung seine Truppenkontingente behalten könne - eine signifikante Abweichung von den Modalitäten der Wiedervereinigung mit Hongkong! Beijing räumte damit indirekt ein, daß Taiwan eben doch etwas anderes - und ganz gewiß mehr sei als eine normale Provinz.

Auch die VRCh war also letztlich bereit, die grundsätzlichen ideologischen Differenzen den wirtschaftlichen Sachzwängen und dem "Geist der Zeit" unterzuordnen.

Die etwas unsicheren Reaktionen Beijings zeigten, daß Taiwan mit seiner Initiative offensichtlich einen Zentralnerv getroffen hatte, und daß der Schwarze Peter nunmehr wieder bei der Volksrepublik lag. Nicht ohne Triumph begann Taiwan, der VRCh-Führung "Blindheit gegenüber den Tatsachen des Lebens" vorzuwerfen. Li Denghuis Vorschlag ziele darauf ab, (1) politische Demokratisierung und wirtschaftliche Liberalisierung auf dem Festland anzuregen, (2) die Spannung und die Feindschaft zwischen beiden Seiten zu reduzieren, (3) die Zusammenarbeit unter dem Siegel des "Ein China"-Prinzips zu intensivieren, (4) Kommunikationskanäle nach Beijing zu öffnen, falls dort den drei Bedingungen Lis stattgegeben werde und (5) eines Tages auch zu einer friedlichen Wiedervereinigung zwischen beiden Seiten zu kommen.

Leider hätten die "Chicom" auf diese konstruktiven Vorschläge fast nur negativ reagiert und (1) die "drei Bedingungen" zurückgewiesen, (2) erneut versucht, die RCh-Regierung als "Lokalregierung" zu behandeln, (3) den Vorschlag "Ein Land, zwei Regierungen" unzulässigerweise mit einem "Zwei China"-Vorschlag gleichgesetzt

und (4) abermals darauf gepocht, die "einzige legale Regierung Chinas zu sein", während Taipei lediglich als "Lokalregierung" auftreten dürfte. Was für eine Verkennung der gegenwärtigen politischen Realitäten!²⁷³

Es zeige sich erneut, daß man "beim Umgang mit den chinesischen Kommunisten wie ein Boxer vorgehen muß. Manchmal befindet Du Dich in der Defensive, manchmal hast Du Deinem Gegner einen Hieb zu versetzen. Rückzug und Angriff müssen sorgfältig kalkuliert werden."²⁷⁴

6.4.4.

Quo vadis, Taiwan?

Über die Zukunftsoptionen der RCh ist in einem abschließenden Teil zu handeln. Dort folgt auch eine Bewertung der Entwicklungsleistungen Taiwans.

Anmerkungen:

- 180) C.a., September 1987, Ü 49.
- 181) FCJ, 24.5.90, S.2.
- 182) FCJ, 4.6.90, S.4.
- 183) ZYRB, 8.4.89.
- 184) Im einzelnen dazu C.a., März 1989, Ü 30.
- 185) LHB, 10.8.89.
- 186) ZYRB, 6.10.89.
- 187) C.a., Februar 1980, Ü 42.
- 188) BRu 1982, Nr.13, S.6.
- 189) XNA, 22.3.82.
- 190) XNA, 14.4.82.
- 191) Yearbook 1989, a.a.O., S.230.
- 192) ZYRB, 16. und 19.4.80.
- 193) ZYRB, 17.5.80.
- 194) C.a., Mai 1989, Ü 28.
- 195) CNA, 22.4.85; C.a., April 1985, Ü 44.
- 196) C.a., Januar 1985, Ü 53, Juni 1985, Ü 47.
- 197) Dazu C.a., Februar 1985, Ü 49 m.N.
- 198) C.a., Juli 1985, Ü 53; ZYRB, 1.7.85.
- 199) ZYRB, 14. und 24.2.82; C.a., Februar 1982, Ü 45.
- 200) ZYRB, 13.9.83; C.a., September 1983, Ü 42.
- 201) FCJ, 21.6.90, S.4.
- 202) ZYRB, 3. und 4.8.82; C.a., August 1982, Ü 39.
- 203) C.a., September 1984, Ü 46 m.N.
- 204) C.a., Dezember 1981, Ü 50 m.N.
- 205) LHB, 30. und 31.12.81.
- 206) FCJ, 12.4.90, S.1.
- 207) RMRB, 20.1.81.
- 208) XNA, 27.2.81.
- 209) Einzelheiten dazu C.a., März 1981, Ü 3.
- 210) So FEER, 26.12.80, S.8 f.
- 211) C.a., März 1981, Ü 55.
- 212) C.a., Dezember 1987, Ü 68.
- 213) XNA, 11. und 12.1.90.
- 214) FCJ, 8. und 18.1.90.
- 215) NZZ, 6., 7. und 25.11.83; XNA, 23.11.83.
- 216) ZYRB, 12.1.90; C.a., Januar 1990, Ü 42.
- 217) Zhang, David Wen wei, "China under Deng Xiaoping: Political and Economic Reform", New York 1989, S.266.
- 218) C.a., Juli 1981, Ü 43.
- 219) ZYRB, 4.6.88; C.a., Juni 1988, Ü 36.
- 220) ZYRB, 4.11.88; C.a., November 88, Ü 45.
- 221) LHB, 12.5.89 und C.a., Mai 1989, Ü 28.
- 222) China Post, Taipei, 10.6.89, fortan: "CP".

Monika Schädler

Porträt der Provinz Hebei

- 223) ZYRB, 18.4.89.
 224) CP 18. und 21.5.88.
 225) FCJ, 15.8.88.
 226) FCJ, 15.9.88.
 227) FCJ, 15.8.88.
 228) DGB, 27.4.86.
 229) Dazu Y.H.Nieh, in C.a., April 1986, Ü 39.
 230) ZYRB, 19.8.88; C.a., August 1988, Ü 35.
 231) LHB, 24.5.86; Nieh, C.a., Mai 1986, Ü 50.
 232) ZYRB, 5.6.89.
 233) ZYRB, 17.6.89; C.a., Juni 1989, Ü 30.
 234) Pressemitteilung Nr.7 der Presseabteilung Fernost-Information in Hamburg vom Oktober 1989.
 235) AWSJ, 6.12.89.
 236) BRu 1989, Nr.40, S.7 f.
 237) XNA, 22.6.89.
 238) C.a., Juni 1988, Ü 37 m.N.
 239) So KP-Generalsekretär Jiang Zemin in RMRB, 11.6.90.
 240) XNA, 5.7.90.
 241) Zu den verschiedenen Ebenen vgl. FCJ, 21.5.90, S.4.
 242) Dazu C.a., April 1980, Ü 50.
 243) LHB, 16.2.90.
 244) C.a., Februar 1990, Ü 45 m.N.
 245) FCJ, 5.2.90, S.3.
 246) FCJ, 22.3.90, S.2.
 247) XNA, 21.6.1989.
 248) FCJ, 22.3.90, S.2.
 249) DGB, 13.2.90; C.a., Februar 1990, Ü 45.
 250) C.a., Februar 1990, Ü 45 m.N.
 251) FCJ, 17.5.90, S.7.
 252) z.B. FCJ, 21.5.90, S.2.
 253) FCJ, 9.7.90, S.2.
 253a) ZYRB, 18.3.80; C.a., März 1980, Ü 60.
 254) Im einzelnen C.a., November 1982, Ü 43.
 255) C.a., September 1989, Ü 52.
 256) Guo Cang Huan, "Taiwan: A View from Beijing", Foreign Affairs (Summer 1985), S.1068.
 257) Text des Interviews der Zeitschrift Bai Xing vom 1.6.1985, FBIS (China, 3.6.83), S.W1-W35.
 258) ZYRB, 12.6.90.
 259) ZYRB, 20. und 21.5.90.
 260) FCJ, 24.5.90, S.1.
 261) Interviewaussagen Li Denghuis vom 20.5.90 in FCJ, 24.5.90, S.2 und 5.
 262) FCJ, 24.5.90, S.5.
 263) ZYRB, 21.5.90.
 264) FCJ, 24.5.90, S.2 und 5.
 265) CNA, zit. nach MD Asien, 23.5.90, S.5 f.
 266) XNA, 21.5.90.
 267) Radio Beijing in SWB, 5.6.90.
 268) BRu 1990, Nr.27, S.13-18, hier 15.
 269) Ebenda.
 270) BRu 1990, Nr.24, S.6.
 271) So Generalsekretär Jiang Zemin in RMRB, 11.6.90.
 272) Ebenda.
 273) FCJ, 2.7.90, S.5.
 274) FCJ, 2.8.90, S.5.
 275) Zur "Unabtrennbarkeits"-These Beijings vgl. RMRB, 23.10.71.
 276) Zu dieser Frage auch Oskar Weggei, "Weltgeltung der VR China. Zwischen Verweigerung und Impansionismus", München 1986, S.73-78 und 180 ff.
 277) RMRB, 9.4.72, S.5.
 278) XNA, 12., 13. und 14.1.84.
 279) In diesem Sinne Jiang Jingguo "Wiedervereinigung Chinas und Weltfrieden", Grundsatzklärung vom 29.März 1986, Taipei 1986.
 280) RMRB, 15.6.90, S.1.
 281) BRu 1990, Nr.12, S.6 f.
 282) BRu 1990, Nr.9, S.32-35.
 283) C.a., April 1988, Ü 35 m.N.

Fläche: über 180.000 qkm
 Bevölkerung: 57,95 Mio. Einwohner
 Hauptstadt: Shijiazhuang.

Hebei, abgekürzt Ji, liegt, wie der Name besagt, "nördlich des [Unterlaufs des] Flusses" Huanghe (Gelber Fluß). Es bildet, gemeinsam mit Teilen Beijings und Tianjin, den nördlichen Teil der Nordchinesischen Tiefebene und schließt im Nordwesten an die Innermongolische Hochebene an. Im Osten grenzt es mit einer Küstenlinie von ca. 500 km an das Bohai-Meer. Gemeinsam mit Tianjin schützt es die Hauptstadt Beijing nach außen ab. Vom Nordosten entgegen dem Uhrzeigersinn gehend grenzt es an die Provinzen Liaoning, Innere Mongolei, Shanxi, Henan und Shandong. Seine Gesamtfläche von 180.000 qkm entspricht drei Vierteln der Fläche der Bundesrepublik in den Grenzen vor Oktober 1990.

Topographie

Drei Fünftel der Gesamtfläche Hebeis, der Norden und der äußerste Westen bestehen aus Hochebene und Gebirge, die Ebene im Südosten bedeckt zwei Fünftel und fällt zum Meer hin ab. Die Provinz kann topographisch in vier Gebiete eingeteilt werden: 1. Die Zhangbei-Hochebene (nördlich von Zhangjiakou) im Nordwesten ist Teil der Innermongolischen Hochebene. 2. Das Jibei-(Nordhebei-)Berggebiet im Nordosten bildet das Übergangsgebiet zwischen der Innermongolischen Hochebene und der Nordchinesischen Tiefebene und wird im Süden vom Fuße des Yanshan-Gebirges abgeschlossen. Zwischen den Bergen liegen zahlreiche Becken. Shanhaiguan, der "erste Paß unter dem Himmel" bildet den östlichen Ausgangspunkt der Großen Mauer und grenzt im Südosten ans Meer. Es ist das wichtigste Tor zum Nordosten Chinas. 3. Das Jixi-(Westhebei-)Berggebiet ist Teil des Taihang-

Gebirges. Der Fluß Sanggan grenzt es nach Norden gegenüber dem Nordhebei-Bergland ab. Acht große Schluchten öffnen den Weg nach Westen in die Provinz Shanxi. Durch die bedeutendste, Niangziguan, führt die Eisenbahn von Shijiazhuang nach Shanxi. Der "Kleine Wutai-Berg" im Norden ist mit 2.882 m der höchste Gipfel der Provinz. 4. Die Hebeier Ebene beginnt am Fuße der Gebirgsketten im Norden und Westen und fällt nach Südosten hin allmählich ab. Sie ist zum großen Teil vom Schwemmland der Flüsse Luanhe, Haihe und Huanghe (im Süden) und deren Zuflüssen aufgebaut und daher das Hauptanbaugelände der Provinz für Getreide und Baumwolle. Zudem bietet sie Voraussetzungen für die Salzgewinnung.

Der wichtigste Fluß ist der Haihe. Er bildet sich aus fünf wichtigen Zuflüssen, dem Nord-Kanal, den Flüssen Yongding, Daqing und Ziya und dem Süd-Kanal. Der Haihe entspringt als Weihe im Nordwesten der südlichen Nachbarprovinz Henan und ist bis zur Mündung bei Tianjin 1.090 km lang. Der Luanhe entspringt im Nordhebei-Berggebiet und erreicht bis zur Mündung im nordöstlichen Teil der Hebeier Ebene eine Länge von 877 km. Ferner weist Hebei zahlreiche Seen auf.¹

Klima

Hebei hat ein gemäßigtes kontinentales Klima. Die Winter sind kalt und trocken mit Januartemperaturen zwischen -14 und -2°C, die Sommer heiß und feucht mit Julitemperaturen zwischen 20 und 27°C, der Frühling ist trocken und windig. Von Norden nach Süden steigt die durchschnittliche Temperatur allmählich an mit Unterschieden bis zu 14°C auf. Die Niederschlagswerte weisen von Jahr zu Jahr hohe Schwankungen auf und liegen im Durchschnitt zwischen 400 und